



Universität Bielefeld

Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung

Expertise

**Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
in Sachsen**

(2002 – 2005)

**vorgelegt von
Dr. Anja Stichs**

**im Rahmen der Evaluation des Programms
„Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“**

Bielefeld, April 2006

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Universität Bielefeld
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
Telefon 0521 / 106 3384

Inhalt

Vorwort

Wilhelm Heitmeyer

| | |
|---|----|
| 1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit | 4 |
| 1.1 Das Konzept | 4 |
| 1.2 Das Projekt und der Survey Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit | 7 |
| 1.3 Erfassung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit..... | 8 |
| 2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen..... | 10 |
| 2.1 Die sächsische Stichprobe..... | 10 |
| 2.2 Zur Analyse..... | 13 |
| 3. Auswertungen für Sachsen..... | 15 |
| 3.1 Zustimmung zu Indikatoren der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit..... | 15 |
| 3.1 Zustimmung zu Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit..... | 19 |
| 3.2 Entwicklung des Elements Fremdenfeindlichkeit im Zeitverlauf..... | 21 |
| 4. Verschiedene Bevölkerungsgruppen in Sachsen..... | 22 |
| 4.1 Geschlecht..... | 22 |
| 4.2 Alter | 23 |
| 4.2.1 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie und Etabliertenvorrechte ... | 24 |
| 4.2.2 Homophobie und die Abwertung von Obdachlosen sowie Behinderten..... | 27 |
| 4.3 Schulbildung | 29 |
| 4.4 Erwerbstätigkeit | 31 |
| 4.5 Religion..... | 32 |
| 4.6. Politische Selbsteinschätzung..... | 33 |
| 4.7. Wohnort nach Gemeindegröße | 34 |
| 5. Fazit..... | 36 |
| 6. Literaturverzeichnis..... | 38 |

Vorwort

von Wilhelm Heitmeyer

Die humane Qualität einer Gesellschaft erkennt man nicht an Ethikdebatten in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder in Talkshows, sondern am Umgang mit schwachen Gruppen. Dieser kann sich in vielen Facetten ausdrücken: Ökonomische Umverteilungen von unten nach oben, Entfernungen aus dem öffentlichen „Verkaufsraum“, Generalverdächtigungen gegenüber den Lebensstilen oder religiösen Überzeugungen ganzer Gruppen sind nur einige Varianten. Zum Teil werden Gruppen gegen andere instrumentalisiert oder als Bedrohungspotential auf die öffentliche Tagesordnung gehoben. Eine andere Variante besteht darin, die Situation schwacher Gruppen gar nicht erst zu thematisieren, sie also aus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion auszuschließen, zu vergessen, mithin sie nicht anzuerkennen, um nicht über Verbesserungen ihrer Lage nachdenken zu müssen. Klammheimlich kann dazu auch die „Schuldumkehr“ eingesetzt werden, womit die Ursachen für Abwertungen – quasi gesellschaftsentlastend – den Gruppen selbst zugeschrieben werden. Zugleich ist ihre Existenz latent im kollektiven Bewusstsein der Gesellschaft wachzuhalten, gleichsam als Disziplinierungsinstrument für die restliche Bevölkerung, mit der unausgesprochenen Warnung, nicht „abzuweichen“. Das ist – nur scheinbar paradoxerweise – zur Sicherung von Stabilität umso nötiger, desto mehr eine Entwicklung von einer Konsens- zu einer Konfliktgesellschaft fortschreitet. Dies ist besonders dann riskant, wenn Solidargemeinschaften von starken Gruppen aufgekündigt werden, so dass Spaltungstendenzen und Ungleichheiten zunehmen und soziale Status- und Abstiegsängste grassieren.

Hinter allen diesen Erscheinungsweisen, Instrumentalisierungen und Entwicklungen lagert eines der zentralen Probleme auch dieser Gesellschaft: Die Aufrechterhaltung oder gar Verstärkung der Ungleichwertigkeit von Gruppen und den ihnen angehörenden Menschen sowie die Auflösung von Grenzen zur Sicherung ihrer physischen und psychischen Integrität, die ihnen ein Leben in Anerkennung und möglichst frei von Angst ermöglichen. Daher geht es immer wieder um die Frage, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit ihren verschiedenen Lebensstilen in dieser Gesellschaft leben, Anerkennung erfahren oder aber sich feindseligen Mentalitäten ausgesetzt sehen.

Die Ergebnisse der Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zeigt in den Entwicklungen von 2002-2005 eine z. T. wachsende Abwertung gegenüber schwachen Gruppen (Deutsche Zustände, Folge 4, Suhrkamp-Verlag). Die Entwicklung ist nicht abzukoppeln vom gesellschaftlichen Zustand, also von ökonomischen, politischen und sozialen Prozessen – oder anders gesagt, vom Integrationszustand dieser Gesellschaft bzw. drohender Desintegration, die im Zusammenhang mit der Abwertung schwacher Gruppen zu sehen ist.

Mit diesem Bericht liegt eine Analyse vor, in dem regionale Vergleiche durchgeführt werden, um die Ergebnisse für zielgenauere Präventionsansätze heranzuziehen.

1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit¹

1.1 Das Konzept

Im Fokus des Interesses des Forschungsprojekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung der Universität Bielefeld steht eine Menschenfeindlichkeit, die sich nicht auf Feindschaftsverhältnisse zu einzelnen Personen bezieht, sondern auf ganze Gruppen, die Ziel von Feindseligkeiten sind. Unter *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* wird daher verstanden, dass Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und Feindseligkeiten ausgesetzt werden. In ihrer Auswirkung können feindselige Mentalitäten die Abwertung und Ausgrenzung schwacher Gruppen zur passiven oder aktiven Diskriminierung dieser Gruppen führen, im schlimmsten Fall zu Verfolgung und Gewalt. Die Würde der betroffenen Menschen wird durch die ihnen entgegenbrachte Feindlichkeit antastbar, kann im extremsten Fall zerstört werden.

Das Besondere am Begriff der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* ist seine Spannweite, die sich aus dem Phänomen selbst ergibt. Denn Menschen können aufgrund von ganz unterschiedlichen Merkmalen, seien sie frei gewählt, zugewiesen, offen sichtbar oder verborgen, als abweichend von einer wie auch immer definierten Normalität und damit als ungleich markiert werden. Sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer körperlichen oder seelischen Beschaffenheit, ihrer sexuellen Orientierung oder aufgrund ihrer Verhaltensweisen oder ihres Lebensstils. Das, was jeweils in einer Gesellschaft als „normal“ gilt wird von Normen und von der Mehrheit definiert, entsprechend wird auch die Abweichung und eben auch eine damit nicht selten verbundene Abwertung und Ausgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft bestimmt.

Die Ausgangskonzeption der Untersuchung (vgl. ausführlicher Heitmeyer 2002, 20f.) beruhte zunächst auf sieben Elementen, in denen sich die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in Deutschland zeigt. Inzwischen wurde das Syndrom weiter ausdifferenziert, so dass anstatt des ursprünglich zusammenfassenden Elementes der „Heterophobie“ drei von einander getrennte Elemente –die Abwertung von Homosexuellen, Behinderten und Obdachlosen– beobachtet werden. Diese Weiterentwicklung in theoretischer Hinsicht auf der Basis empirischer Analysen hat dazu geführt, dass nun neun Elemente das *Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bilden:

- *Fremdenfeindlichkeit* ist auf bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz und materielle Konkurrenz um knappe Ressourcen bezogen.

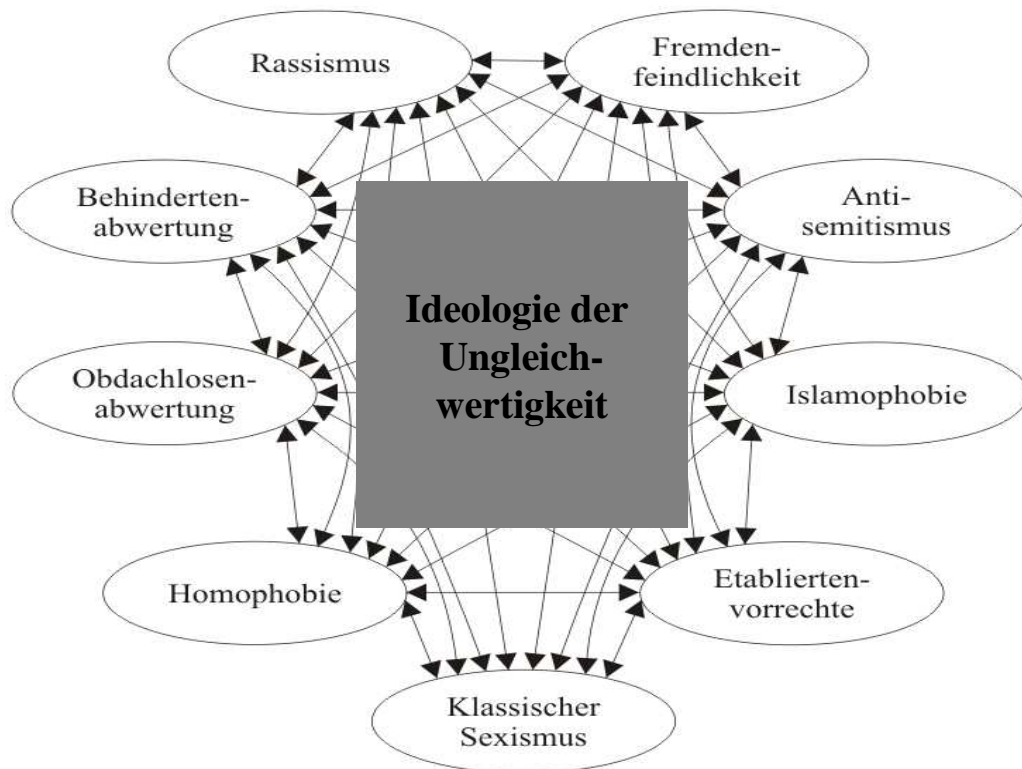
¹ Das erste Kapitel dieses Berichts sowie die Beschreibungen über die Operationalisierungen wurden weitgehend der Expertise „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Niedersachsen (2002-2005)“ von Beate Küpper entnommen. Bei der Autorin möchte ich mich ganz herzlich für diese Unterstützung und für ihre hohe Kooperationsbereitschaft bedanken.

- *Etabliertenvorrechte* umfassen die von Alteingesessenen beanspruchten Vorrangstellungen, die Zugewanderten gleiche Rechte vorenthalten und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen.
- *Islamophobie* bezeichnet die Bedrohungsgefühle und die ablehnenden Einstellungen gegenüber der Gruppe der Muslime, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten.
- *Abwertung von Obdachlosen* zielt in feindseliger Absicht auf jene Menschen, die nicht Normalitätsvorstellungen eines geregelten Lebens nachkommen.
- *Homophobie* bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung hin zu einem gleichgeschlechtlichen Partner bzw. Partnerin.
- *Abwertung von Behinderten* meint feindselige Einstellungen, die sich gegen Menschen richten, die aufgrund ihrer körperlichen oder seelischen Beschaffenheit als von der „Norm“ abweichend definiert werden.
- *Sexismus* betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisungen an Frauen. Sexismus ist ein Sonderfall, weil es hierbei nicht, wie bei den anderen Gruppen, um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit, sondern einer Mehrheit der Bevölkerung geht.
- *Antisemitismus* ist eine feindselige Mentalität, die gegen Juden und jüdische Symbole gerichtet ist.
- *Rassismus* umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Gruppen aufgrund von scheinbar biologischen Unterschieden, wie der Hautfarbe oder der Abstammung abwertet und auf eine konstruierte "natürliche" Höherwertigkeit der eigenen Gruppe verweist.

Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entsprechend auf der Annahme, dass *die einzelnen* Elemente miteinander verknüpft sind und aus einem gemeinsamen Kern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gespeist werden. Ferner wird angenommen, dass das Ausmaß der unterschiedlichen Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von teilweise den gleichen Faktoren vorhergesagt wird; dazu gehören beispielsweise die soziale Desintegration als ein eher gesellschaftlicher Faktor oder Autoritarismus als ein tiefer in der Person des Einzelnen verankerter Faktor. Zum anderen sprechen die empirischen Befunde dafür, dass die unterschiedlichen Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ähnliche Konsequenzen wie etwa Diskriminierung nach sich ziehen. Empirisch ließ sich die Vorstellung eines Syndroms im Rahmen der Untersuchung erfolgreich bestätigen. So belegen die Ergebnisse, dass die einzelnen Elemente nicht unabhängig voneinander ausgeprägt sind. Feindselige Einstellungen richten sich also, wenn sie vorhanden sind, in der Regel nicht nur gegen eine, sondern gegen mehrere schwache Gruppen der Gesellschaft. Das heißt beispielsweise, dass Personen, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, dies auch eher in Bezug auf rassistische, antisemitische und sexistische Aussagen tun (z. B. Heitmeyer 2002). Zudem ließ sich auch nachweisen, dass alle hier genannten Elemente etwas miteinander gemeinsam haben, was sich in seinem Kern als Ideologie der Ungleichwertigkeit identifizieren lässt (Zick/Wolf/Küpper/Davidov/Schmidt/Heitmeyer 2006). Fiel zunächst

die Abwertung von Behinderten aus dem Syndrom heraus, so lässt sie sich im GMF-Survey 2005, in dem die Abwertung von Behinderten auf neue, verbesserte Art erfasst wird, als Element des Syndroms bestätigen (s. Heitmeyer 2006). Trotz des gemeinsamen Kerns aller Syndrom-Elemente sind die Zusammenhänge zwischen einzelnen Elementen unterschiedlich eng. So sind etwa die Korrelationen zwischen Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechten stärker als die zwischen den drei verschiedenen Facetten der Heterophobie, d. h. der Abwertung von Homosexuellen, Obdachlosen und Behinderten, und dem Rassismus. Ferner konnte gezeigt werden, dass Autoritarismus, als eine relativ stabile Einstellung, die Unterordnung und Anpassung betont, und relative Deprivation, als eine Einstellung, die eine gesellschaftliche Situation aus Sicht des Individuums einbezieht, vermittelt über den gemeinsamen Kern jedes einzelne GMF-Element beeinflusst. Abbildung 1 zeigt das Syndrom *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*.

Abb. 1: Das Syndrom der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*



Bislang verlief die Forschung über Vorurteile und Diskriminierung langjährigen Forschungstraditionen folgend weitgehend getrennt, je nachdem, welche Adressatengruppe von Vorurteilen im Mittelpunkt stand. So hatte bislang die Antisemitismusforschung nur wenig mit der Forschung zu Fremdenfeindlichkeit zu tun, diese wiederum zog kaum Parallelen etwa zum Sexismus. Mit der Konzeption eines *Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bietet das Projekt einen völlig neuen Ansatz, der sowohl für die wissenschaftliche Forschung als auch für die Praxis innovativ sein will. Forschungsergebnisse aus einem spezifischen Zweig der Vorurteilsforschung und Erfahrungen aus der Praxis mit der Diskriminierung

bestimmter Opfergruppen können nun zusammenfließen und auf ihre Tauglichkeit auch für andere Adressatengruppen geprüft werden bzw. Verwendung finden.

Die im Forschungsprojekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fokussierten Merkmale, deren Träger mit höherer Wahrscheinlichkeit der Gefahr ausgesetzt sind, zu Opfern von Vorurteilen und Diskriminierung zu werden, decken sich weitgehend mit jenen Merkmalen, die in der europäischen Richtlinie zur Antidiskriminierung genannt sind. In Artikel 13 des Vertrags von Amsterdam in Ergänzung des EU-Vertrags (1999) heißt es, dass der Rat geeignete Vorkehrungen treffen kann, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen. Dass es sich bei den im Syndrom angesprochenen Gruppen tatsächlich um schwache Gruppen der Gesellschaft handelt, bzw. diese in der Tat als solche wahrgenommen werden, konnte eine ergänzende Studie zum Syndrom der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bestätigen. Gefragt nach dem sozialen Status einer ganzen Reihe unterschiedlicher sozialer Gruppen unserer Gesellschaft, den sie vermeintlich in den Augen der Mehrheit einnehmen, wiesen Probanden alle? im Syndrom benannten Gruppen auf die unteren Plätze der sozialen Rangreihe.

Denkbar ist, dass mit veränderten gesellschaftlichen Debatten in Zukunft neue Gruppen hinzukommen, auch könnten Gruppen aus dem Syndrom herausfallen, die nicht mehr in der Schusslinie von Vorurteilen und Diskriminierung stehen. Eine zunehmend harschere öffentliche Debatte um Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Wanderarbeiter aus Osteuropa rückt diese Gruppen als Zielscheibe von Vorurteilen und Diskriminierung ins Blickfeld. Mit der Öffnung Europas nach Osten könnten auch Sinti und Roma wieder erneut gefährdet sein. Umgekehrt ist erfreulicherweise eine gewisse Abnahme des klassischen Sexismus und der Homophobie zu beobachten, so dass Frauen und Homosexuelle zukünftig möglicherweise immer weniger zu den Adressaten von Vorurteilen und Diskriminierung gezählt werden müssen. In einer internationalen Forschergruppe, initiiert vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, wird eine Studie in neun europäischen Ländern vorbereitet, die das Ausmaß von Vorurteilen gegenüber einer Reihe von Adressatengruppen in Europa vergleicht.

Im Folgenden wird der Begriff *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* mit dem Kürzel **GMF** abgekürzt.

1.2 Das Projekt und der Survey Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Seit 2002 wird jährlich eine große, repräsentative Bevölkerungsumfrage (GMF-Survey) zur Untersuchung des Ausmaßes, der Entwicklung und der Erklärung der GMF am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt. Das Projekt "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland" wird von einem Stiftungskonsortium der Volkswagen-, Möllgaard- und Freudenberg-Stiftung gefördert und steht in Kooperation mit dem Suhrkamp-Verlag und der Wochenzeitung DIE ZEIT. Darüber hinaus

fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Graduiertenkolleg mit ca. 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten, die besondere Fragestellungen in Zusammenhang mit der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in eigenen Arbeiten analysieren. Das Projekt unter der Leitung von Prof. Wilhelm Heitmeyer wird von einem Team junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Kooperation mit den Universitäten Marburg, Gießen und Göttingen durchgeführt. Jährlich werden die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit durch vielfache Medienberichte und ausführlich in dem Herausgeberband „Deutsche Zustände“ (Suhrkamp-Verlag) berichtet, flankiert von Essays über ausgewählte Themen, Interviews und Fallgeschichten, die beispielhaft den straffälligen, z. T. gewalttätigen Ausdruck von Gruppengezogener Menschenfeindlichkeit und den Umgang der Gesellschaft damit schildern.

Grundlage des jährlichen GMF-Surveys ist eine telefonisch durchgeführte standardisierte Befragung einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung. Die Interviews werden von Infra-test im Auftrag des GMF-Projekts durchgeführt. Jedes Interview dauert im Durchschnitt eine halbe Stunde und wird unter der Zusicherung absoluter Anonymität von geschulten Interviewern durchgeführt.

1.3 Erfassung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Die einzelnen Elemente des GMF-Syndroms werden jeweils mit Hilfe von Indikatoren erfasst, die den Bedeutungsgehalt des jeweiligen Elements umreißen. In der Regel wird ein GMF-Element mit zwei Indikatoren, d. h. also über die Zustimmung zu zwei Aussagen, die Vorurteile gegenüber der jeweiligen Gruppe widerspiegeln, erfasst. Ergänzend werden weitere Aussagen, die einen erweiterten Bedeutungsgehalt eines Elements erfassen, zur Beschreibung von Entwicklungen und Besonderheiten berücksichtigt, wie beispielsweise weitere Facetten des Antisemitismus oder des modernen Sexismus.

Seit 2002 sind bislang immer die gleichen Elemente der GMF erfasst worden. Allerdings hat sich die Art und Weise der Erfassung einiger Elemente durch neu entwickelte oder ergänzte Indikatoren geändert, so dass ein unmittelbarer Vergleich hierbei nur noch bedingt möglich ist. Dies ist der Fall bei der Islamophobie, die erst seit dem Jahr 2003 auf die gleiche Art und Weise gemessen wird, und beim Sexismus, der seit dem Jahr 2003 durch eine weitere Aussage ergänzt wird (dann durch ebenfalls zwei Indikatoren). Als weitere Besonderheit wurde bislang ein zusammenfassendes Element Heterophobie erfasst, gebildet aus der Abwertung von Homosexuellen, Obdachlosen und Behinderten. Inzwischen haben die näheren Analysen gezeigt, dass eine Trennung dieser drei Elemente sinnvoll ist. Im GMF-Survey 2005 wurde eine neue Skala zur Erfassung dieser drei Elemente entwickelt und eingesetzt, wobei nun die Abwertung von Behinderten durch völlig neue Aussagen erfasst wird; nur eine der beiden alten Erfassungen wurde auch in 2005 beibehalten. Die bislang eingesetzten Aussagen betonten vor allem negative Emotionen im Umgang mit Behinderten und es ist strittig, inwieweit dies tatsächlich einer Abwertung gleichkommt. Damit die Auswertungen für Sachsen auf einer ausreichend großen Zahl von Befragten basieren, wurde zur Erfassung der Abwertung trotz dieser möglichen Kritik auf diesen einen fortgeführten Indikator zurückgegrif-

fen. Rückwirkend wurden aus jeweils zwei der nun drei Indikatoren zur Erfassung der Homophobie und der Obdachlosenabwertung Skalen für die Jahre 2002-2005 gebildet. Die Abwertung von Behinderten geht ebenso wie das Element des Sexismus mit nur einer Aussage in die Auswertung ein. Die Islamophobie wird mit zwei Indikatoren ab 2003 berücksichtigt.

Die zur Erfassung der GMF verwendeten Indikatoren beruhen auf Messinstrumenten, die sich in der Vorurteilsforschung bewährt haben und durch umfangreiche Vortests noch einmal überprüft worden sind. Bei der einen oder anderen Aussage mag manchem jedoch vielleicht fragwürdig erscheinen, inwieweit hier eine Zustimmung tatsächlich die Bereitschaft zur GMF widerspiegelt. In der Tat mag der eine oder die andere Befragte mancher der Aussagen aus einer ganz bestimmten Perspektive oder mit einem ganz bestimmten Hintergrund zugestimmt haben, ohne dass dies in jedem Einzelfall eine Affinität für Vorurteile bedeutet. Hierbei ist immer zu bedenken, dass die hier vorgestellten Ergebnisse auf Durchschnittswerten beruhen, d. h. also auch immer nur Aussagen über einen Durchschnitt von Befragten zulassen. Abweichung aus den unterschiedlichsten Gründen, z. B. weil eine Frage nicht oder anders verstanden wurde, weil der oder die Interviewte abgelenkt war oder bei der Beantwortung einen völlig anderen Hintergedanken im Kopf hatte, sind möglich, mitteln sich aber bei der hier vorliegenden großen Stichprobe sozusagen gegenseitig aus.

Die Aussagen, die jeweils als Indikator für ein GMF-Element dienen, spiegeln jeweils „typische“ Ansichten wider. Dabei gilt es zu beachten, dass einige „weicher“ ausgedrückt sind, andere Aussagen eine Gruppe hingegen „härter“ und direkter abwerten. Entsprechend leichter oder schwerer ist die Zustimmung zu bzw. Ablehnung einer Aussage. Aus diesem Grund können die einzelnen Elemente der GMF nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, d. h., es ist z. B. nicht möglich zu sagen, Sachsen sind weniger rassistisch, dafür fremdenfeindlicher. Zulässig ist hingegen sowohl der Vergleich des Ausmaßes an Zustimmung zu einem Element zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (etwa ob Sachsen fremdenfeindlicher oder weniger fremdenfeindlich sind als andere Deutsche) und der zeitliche Vergleich, d. h. inwiefern die Zustimmung zu einem bestimmten GMF-Element über den Beobachtungszeitraum stabil geblieben ist, zu- oder abgenommen hat.

2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen

Nach der Wahl zum Sächsischen Landtag am 19. September 2004 haben die Christlich-Demokratische Union Deutschlands und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Koalitionsvertrag ein Programm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Freistaat Sachsen vereinbart. Das übergeordnete Ziel dieses Programms besteht darin, die demokratische Kultur in Sachsen zu fördern und zu stärken. In diesem Zusammenhang wird u. a. das Ziel verfolgt, Extremismus, Rassismus und Antisemitismus als andauernde Themen mitten in der Gesellschaft sichtbar zu machen und die demokratischen Werte einer aktiven Bürgergesellschaft zu stärken. In diesem Kontext ist die vorliegende Expertise zu betrachten.

Die folgenden Analysen auf Basis der Daten des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung werfen einen detaillierten Blick auf das Ausmaß der GMF in Sachsen. Im Zusammenhang mit den Schwerpunkten des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ werden die Analysen insbesondere auf die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus und Etabliertenvorrechte zentriert. Der Vergleich mit den übrigen neuen Bundesländern sowie den alten Bundesländern ermöglicht hierbei einzuschätzen, ob sich Einstellungen und Einschätzungen der Bewohner Sachsens von denen der übrigen Bundesrepublik unterscheiden und um? entsprechend konkreten Handlungsbedarf abzuleiten. Weiterhin wird der Frage nachgegangen, ob innerhalb Sachsens bestimmte Gruppen existieren, die besonders zu abwertenden Haltungen gegenüber Minderheiten neigen. Bei diesen umfassenden und differenzierten Analysen wird das Element des Sexismus ausgeklammert. Der Sexismus stellt, wie bereits beschrieben, einen analytischen Sonderfall dar, da er sich im Unterschied zu den anderen GMF-Elementen nicht auf eine Minderheitengruppe bezieht.

2.1 Die sächsische Stichprobe

Die im Folgenden berichteten Ergebnisse beruhen auf der Basis der Befragten ohne Migrationshintergrund der bislang durchgeführten vier GMF-Surveys. Im Rahmen von bundesweiten Repräsentativbefragungen wurden bis einschließlich 2005 insgesamt 9878 Personen befragt (n = 2722 in 2002, n = 2722 in 2003, n = 2656 in 2004 und n = 1778 in 2005). Disproportionale Verteilungen bezüglich des Alters, demographischer Verteilungen innerhalb der Bundesländer sowie der Schulbildung wurden durch entsprechende Gewichtungsfaktoren ausgeglichen. Die folgenden Analysen beruhen immer, soweit nicht anders vermerkt, auf dem nach Repräsentativität gewichteten Datensatz².

Um für die spezifische Auswertung für Sachsen eine möglichst große Stichprobe zu erhalten, wurden die Daten der GMF-Surveys 2002-2005 zusammengefasst. Abweichungen zu den in „Deutsche Zustände“ berichteten Ergebnissen sind darauf zurückzuführen, dass sich dort die Ergebnisse a) auf die jährlichen Surveys beziehen, b) immer für die Gesamtstichprobe der deutschen Bevölkerung, nicht getrennt nach Sachsen/übrige neue Bundesländer ohne

² Auf das zusätzliche Ost-/Westgewicht wurde verzichtet, da alle Auswertungen getrennt nach Ost- und Westdeutschland durchgeführt wurden.

Sachsen/alte Bundesländer berechnet werden und c) für die ehemaligen Facetten der Heterophobie bei den hier durchgeführten Analysen rückwirkend getrennte Skalen gebildet wurden.

Im Rahmen des GMF-Surveys wurden in den Jahren 2002 – 2005 insgesamt 1086 Personen aus Sachsen ohne Migrationshintergrund befragt (n = 313 in 2002, n= 312 in 2003, n = 307 in 2004, n = 154 in 2005). Damit machen die sächsischen Befragten 11% der gesamten Stichprobe dieser vier Jahre aus. Die im Folgenden berichteten Ergebnisse beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf diese Gesamtzahl der in Sachsen befragten Personen. Als Teil der repräsentativen Gesamtstichprobe aller Bundesländer ist diese Stichprobe zwar nicht gezielt aufgrund ihrer Repräsentativität für Sachsen ausgewählt, dennoch verspricht die vergleichsweise große Zahl der sächsischen Befragten verlässliche und interpretierbare Ergebnisse. Ergebnisse getrennt nach Jahren sind aufgrund des geringen Stichprobenumfangs nur begrenzt aussagekräftig. Um dennoch erste Hinweise auf mögliche Entwicklungen in Sachsen zu erhalten, werden an anderer Stelle (s. Kapitel 3.2) gesondert Ergebnisse getrennt nach den Befragungsjahren berichtet. Eventuelle Verzerrungen der Stichprobe hinsichtlich wichtiger demographischer Merkmale wurden, wie bereits angemerkt, durch eine Gewichtung der Gesamtstichprobe ausgeglichen. Der mögliche Einfluss von demographischen Faktoren – in erster Linie der Bildung als einem besonders durchschlagenden Einflussfaktor (s. u.) – wird im Einzelnen geprüft und berichtet.

Bei den Befragten aus Sachsen überwiegt ebenso wie bei denjenigen aus den übrigen neuen sowie den alten Bundesländern der Anteil der Frauen leicht (s. Tabelle 1). Der Altersdurchschnitt der sächsischen Befragten liegt mit 48,5 Jahren im Vergleich zu den übrigen Befragten gut in der Mitte. In den verbleibenden neuen Bundesländern ist der Altersdurchschnitt mit 47,1 Jahren etwas niedriger, in den alten Bundesländern mit 49 Jahren etwas höher. Bezüglich der Altersverteilung ist bei den sächsischen Befragten die mittlere Altersgruppe der 35-49jährigen etwas geringer besetzt als in den restlichen neuen und alten Bundesländern. Entsprechend wurde ein etwas höherer Anteil an Personen über 50 Jahre befragt.

Gut die Hälfte (54%) der sächsischen Befragten ist verheiratet und lebt mit ihrem Ehepartner zusammen, 2% sind verheiratet, leben aber getrennt. 10% sind verwitwet, 8% geschieden und 27% sind ledig. Damit entspricht der Familienstand der Sachsen fast genau dem Familienstand der Befragten der Gesamtstichprobe. Insgesamt betrachtet weisen die drei Substichproben in Bezug auf wichtige soziodemographische Faktoren ein hohes Maß an Übereinstimmung auf.

Tabelle 1: Die sächsische Stichprobe im Vergleich zur Stichprobe der restlichen neuen Bundesländer sowie der alten Bundesländer (nach Gewichtung)

| Befragte aus | Geschlecht und Familienstand | Alter ^a | Bildung ^b |
|-----------------------------|--|--|--|
| Sachsen | 47,4 % Männer 52,6 % Frauen 55,5 % verheiratet 10,3 % verwitwet 7,5 % geschieden 26,7 % ledig | m = 48,5 s = 18,55 10,1 % 16-21 J. 15,8 % 22-34 J. 26,5 % 35-49 J. 23,5 % 50-64 J. 24,0 % >= 65 J. | 39,8 % niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss) 44,8% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 15,4% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium) |
| Restliche neue Bundesländer | 48,4 % Männer 51,6 % Frauen 53,8 % verheiratet 9,0 % verwitwet 8,7 % geschieden 28,4 % ledig | m = 47,1 s = 17,81 10,3 % 16-21 J. 15,2 % 22-34 J. 30,9 % 35-49 J. 22,5 % 50-64 J. 21,1 % >= 65 J. | 36,5 % niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss) 47,8 % mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 15,6 % höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium) |
| alte Bundesländer | 47,4 % Männer 52,6 % Frauen 56,0 % verheiratet 11,0 % verwitwet 7,1 % geschieden 25,9 % ledig | m = 49,00 s = 17,94 7,4 % 16-21 J. 15,3 % 22-34 J. 30,3 % 35-49 J. 23,4 % 50-64 J. 23,6 % >= 65 J. | 57,1 % niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss) 22,9% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 20,0% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium) |

^a m = Mittelwert, s = Standardabweichung

^b Auf 100% Fehlende = Sonstiger Schulabschluss

Hinsichtlich der Schulabschlüsse unterscheidet sich die sächsische Stichprobe kaum von derjenigen aus den verbleibenden neuen Bundesländern. Knapp 40 % der sächsischen Befragten haben einen niedrigen Schulabschluss, d. h. einen Hauptschulabschluss, 45 % verfügen über einen mittleren Schulabschluss, d. h. einen Realschulabschluss bzw. einen Abschluss der polytechnischen Oberschule nach der 10. Klasse, weitere 15 % haben die Schule mit dem Abitur oder Fachabitur verlassen. Bei den westdeutschen Befragten ist das Bildungsniveau stärker polarisiert, sowohl die Anteilswerte für niedrige als auch hohe Bildungsabschlüsse sind stärker vertreten, der Anteil mittlerer Bildungsabschlüsse entsprechend niedriger. Die entsprechenden Abweichungen hinsichtlich des Bildungsniveaus in den alten und neuen Bundesländern finden sich in der aktuellen Bevölkerungsstatistik wieder (vgl. Statistisches Bundesamt 2004: 88).

Knapp die Hälfte der befragten Sachsen war zum Zeitpunkt des Interviews erwerbstätig (47,7%). Der Anteil der Erwerbstätigen war in Sachsen damit etwas geringer als in den übrigen neuen Bundesländern (48,2%) und den alten Bundesländern (52,6%).

Weiterhin gaben 54% der befragten Sachsen an, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Knapp 40% waren evangelisch, 5% katholisch und knapp 2% gehörten einer sonstigen Religionsgemeinschaft an. Damit waren etwas weniger Sachsen konfessionslos als in den übrigen neuen Bundesländern (58%). In den alten Bundesländern waren nur 14% ohne Konfession.

Rund ein knappes Drittel der Befragten aus der Deutschen Gesamtstichprobe lebte entweder in einer Großstadt mit mehr als 500.000 Einwohnern oder im Randgebiet einer solchen Großstadt (27,1%), ein Drittel lebte in einer kleineren bis mittelgroßen Stadt mit 50.000 – 499.999 Einwohnern bzw. deren Randbereich (34,8%) und ein weiteres gutes Drittel lebte in kleineren Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern (38,0%). Im Vergleich dazu ist die sächsische Stichprobe deutlich ländlicher dominiert. Über die Hälfte der Sachsen lebte in einer Gemeinde mit unter 50.000 Einwohnern (50,7%). Ein fast genauso großer Anteil wie in der Gesamtstichprobe wohnte in einer Großstadt oder Ballungsgebieten (28,2). Hingegen lebte nur ein knappes Fünftel der Sachsen in einer kleineren bis mittelgroßen Stadt oder deren Einzugsgebiet (21,1%).

2.2 Zur Analyse

Soweit möglich, wurden hier die Angaben der Befragten, die in den vier Erhebungen in den Jahren 2002 – 2005 erfasst wurden, in einem Datensatz zusammengefasst. Ausnahme bildet das GMF Element Islamophobie, da hier in Weiterentwicklung des GFM-Surveys neue bzw. ergänzende Aussagen zur Erfassung verwendet wurden (s. Kapitel 1.3 zur Erfassung der GMF). Um dieses Element dennoch zu berücksichtigen, wurden gesonderte Auswertungen über die Stichprobe 2003-2005 durchgeführt.

Neben den Angaben zur Häufigkeit, mit der die Befragten den einzelnen vorgelegten Aussagen zustimmen, wurden die beiden jeweiligen Indikatoren für das entsprechende Element der GMF zu einer Skala zusammengefasst (Mittelwert aus der Zustimmung zu beiden Indikatoren). Ausnahmen bilden die beiden Elemente Sexismus und Abwertung von Behinderten, die in diese Auswertung nur mit einer Aussage eingehen. Die Skala der Indizes reicht von 1 = minimales Ausmaß der Zustimmung bis 4 = maximales Ausmaß der Zustimmung. Darüber hinaus wird bei den GMF-Elementen zusätzlich die Zustimmung zu jeweils beiden Indikatoren ermittelt. Dieser Index verweist auf den Prozentsatz der Befragten, die beiden Indikatoren eher oder voll und ganz zustimmen, und ist somit ein strenges Kriterium für den Anteil der Befragten mit einer minderheitenfeindlichen Einstellung in Bezug auf das entsprechende Element.

Die Auswertung folgt, soweit nicht anders angegeben, den folgenden Schritten.

- Erstens werden die Ergebnisse aus Sachsen mit denen aus den übrigen neuen Bundesländern (ohne Sachsen) sowie den alten Bundesländern verglichen und Besonderheiten in Sachsen hervorgehoben.
- Zweitens wird das Ausmaß von Zustimmung zu Elementen der GMF bzw. ergänzenden Konstrukten in Sachsen berichtet. Unterschiede zwischen Gruppen innerhalb Sachsens werden geprüft. Analysiert werden jeweils die Häufigkeit, mit der die Befragten ihre Zustimmung geben, bzw. die Mittelwerte der zusammengefassten Skalen.

Insbesondere Abbildungen legen häufig nahe, dass sich Zustimmungsraten zwischen den verschiedenen Bezugsgruppen unterscheiden. Die Frage ist immer, inwieweit diese scheinbaren Unterschiede auch im statistischen Sinne signifikant sind oder ob sie so minimal sind, dass sie lediglich zufällige Schwankungen ausdrücken. Daher folgt immer eine statistische Überprüfung der gefundenen Unterschiede. Die Prüfung der Unterschiede in der Häufigkeit der Zustimmung erfolgt mit Hilfe von χ^2 -Tests, die Überprüfung von Mittelwertsunterschieden mit Hilfe von univariaten Varianzanalysen. Dies erlaubt beispielsweise die Feststellung, bezüglich welcher spezifischen Elemente sich die Befragten aus Sachsen von Anderen substantiell unterscheiden. Das Signifikanzmaß p gibt an, inwieweit ein vermeintlicher Unterschied auch tatsächlich statistisch signifikant ist, d. h. kein Zufallsprodukt ist. Ein $p < .001$ (durch *** gekennzeichnet) drückt eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,1% aus, d. h., das Ergebnis ist sehr sicher. Ein $p < .01$ (**) bedeutet eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 1%, ein $p < .05$ eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% (*). Auch dieses Ergebnis kann noch als statistisch signifikant gewertet werden.

3. Auswertungen für Sachsen

3.1 Zustimmung zu Indikatoren der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Im Folgenden wird das Antwortverhalten der Befragten aus Sachsen bezüglich der Fragen, aus denen die Indizes zur Messung der verschiedenen Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gebildet werden, berichtet. In der letzten Spalte wurden die Prozentanteile der Befragten, die der jeweiligen Aussage eher oder voll und ganz zustimmen, addiert. Dieser zusammengefasste Wert als Kriterium für die „Zustimmung“ zu einer Frage, spiegelt deutlich die jeweilige Tendenz des Ausmaßes der Menschenfeindlichkeit der entsprechenden Dimension.

Darüber hinaus geht aus der Tabelle hervor, welche der Meinungen über schwache Gruppen der Gesellschaft die Sachsen mit anderen Deutschen teilen, und worin sie sich unterscheiden. Hierzu wurde bei jeder Aussage geprüft, inwieweit sich die Befragten aus Sachsen, aus den verbleibenden neuen sowie alten Bundesländern in der Häufigkeit ihrer Zustimmung, d.h. von „ich stimme eher zu“ und „ich stimme voll und ganz zu“ bzw. der Häufigkeit der Ablehnung, d.h. von „ich stimme eher nicht zu“ und „ich stimme überhaupt nicht zu“ unterscheiden.

Tabelle 2: Häufigkeit der Zustimmung zu Aussagen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in

Sachsen und dem übrigen Deutschland (Angaben in Prozent).

| Stimme ... | überhaupt nicht zu | eher nicht zu | eher zu | voll und ganz zu | Zustimmung |
|---|--------------------|---------------|---------|------------------|------------|
| Fremdenfeindlichkeit | | | | | |
| Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.*** | | | | | |
| Sachsen | 8,6% | 26,0% | 28,4% | 37,0% | 65,4% |
| übrige neue Bundesländer | 8,8% | 21,8% | 27,5% | 41,8% | 69,3% |
| alte Bundesländer | 13,3% | 30,2% | 29,8% | 26,6% | 56,4% |
| Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man in Deutschland lebende Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.*** | | | | | |
| Sachsen | 13,7% | 41,3% | 20,2% | 24,9% | 45,1% |
| übrige neue Bundesländer | 16,2% | 40,1% | 19,3% | 24,4% | 43,7% |
| alte Bundesländer | 24,8% | 46,0% | 16,1% | 13,1% | 29,2% |
| Rassismus | | | | | |
| Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.*** | | | | | |
| Sachsen | 30,0% | 43,1% | 18,4% | 18,4% | 36,8% |
| übrige neue Bundesländer | 32,0% | 42,1% | 16,9% | 16,9% | 33,8% |
| alte Bundesländer | 38,7% | 40,8% | 13,3% | 13,3% | 26,6% |
| Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt. ** | | | | | |
| Sachsen | 48,1% | 34,6% | 10,7% | 6,6% | 17,3% |
| übrige neue Bundesländer | 48,9% | 33,6% | 11,2% | 6,3% | 17,5% |

| | | | | | |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|
| alte Bundesländer | 53,5% | 31,5% | 9,2% | 5,8% | 15,0% |
| Sexismus | | | | | |
| Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.*** | | | | | |
| Sachsen | 32,5% | 41,8% | 15,0% | 10,7% | 25,7% |
| übrige neue Bundesländer | 38,4% | 39,4% | 14,6% | 7,6% | 22,2% |
| alte Bundesländer | 29,2% | 39,4% | 19,3% | 12,1% | 31,4% |
| Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. ^{a ***} | | | | | |
| Sachsen | 34,6% | 44,4% | 14,2% | 6,8% | 21,0% |
| übrige neue Bundesländer | 42,7% | 39,6% | 11,1% | 6,5% | 17,6% |
| alte Bundesländer | 33,0% | 41,5% | 14,8% | 10,7% | 25,5% |
| Antisemitismus | | | | | |
| Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss.*** | | | | | |
| Sachsen | 31,6% | 50,2% | 9,3% | 8,9% | 18,2% |
| übrige neue Bundesländer | 37,3% | 43,7% | 10,9% | 8,1% | 19,0% |
| alte Bundesländer | 37,9% | 39,3% | 13,5% | 9,2% | 22,7% |
| Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig. *** | | | | | |
| Sachsen | 42,9% | 43,5% | 8,3% | 5,4% | 13,7% |
| übrige neue Bundesländer | 50,0% | 34,6% | 10,6% | 4,7% | 15,3% |
| alte Bundesländer | 49,5% | 33,7% | 11,4% | 5,4% | 16,8% |
| Islamophobie | | | | | |
| Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. ^{a ***} | | | | | |
| Sachsen | 20,9% | 49,2% | 14,6% | 15,3% | 29,9% |
| Übrige neue Bundesländer | 21,3% | 44,2% | 15,0% | 19,5% | 34,5% |
| alte Bundesländer | 28,6% | 48,7% | 12,5% | 10,3% | 22,8% |
| Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land. ^{a **} | | | | | |
| Sachsen | 30,2% | 40,2% | 12,1% | 17,5% | 29,6% |
| übrige neue Bundesländer | 23,7% | 41,5% | 14,8% | 20,0% | 24,8% |
| alte Bundesländer | 27,0% | 39,9% | 16,3% | 16,8% | 33,1% |
| Homophobie | | | | | |
| Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.*** | | | | | |
| Sachsen | 27,1% | 31,3% | 11,6% | 30,1% | 41,7% |
| übrige neue Bundesländer | 30,4% | 32,9% | 12,6% | 24,2% | 36,8% |
| alte Bundesländer | 33,8% | 31,4% | 12,4% | 22,4% | 34,8% |
| Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein.® ** | | | | | |
| Sachsen | 31,6% | 21,4% | 18,5% | 28,5% | 47,0% |
| übrige neue Bundesländer | 38,0% | 21,2% | 15,8% | 24,9% | 40,7% |
| alte Bundesländer | 37,9% | 21,1% | 17,5% | 23,5% | 41,0% |
| Abwertung von Obdachlosen | | | | | |
| Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.*** | | | | | |
| Sachsen | 10,8% | 37,3% | 31,9% | 20,0% | 51,9% |
| übrige neue Bundesländer | 16,1% | 36,0% | 27,5% | 20,3% | 47,8% |
| alte Bundesländer | 17,0% | 41,1% | 28,4% | 13,4% | 41,8% |

| Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.* | | | | | |
|---|----------------|------------------|---------|---------------------|-----------------|
| Sachsen | 16,2% | 38,9% | 22,9% | 22,0% | 44,9% |
| übrige neue Bundesländer | 19,8% | 36,7% | 22,3% | 21,1% | 43,3% |
| alte Bundesländer | 21,6% | 44,0% | 19,8% | 14,6% | 34,4% |
| Abwertung von Behinderten | | | | | |
| In der Gegenwart von Behinderten fühlt man sich manchmal unwohl.* | | | | | |
| Sachsen | 44,1% | 30,7% | 18,1% | 7,1% | 25,2% |
| übrige neue Bundesländer | 43,5% | 34,7% | 16,5% | 5,2% | 31,7% |
| alte Bundesländer | 41,9% | 33,1% | 19,3% | 5,8% | 25,1% |
| Betonung von Etabliertenvorrechten | | | | | |
| Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben. | | | | | |
| Sachsen | 10,2% | 27,3% | 31,4% | 31,4% | 62,8% |
| übrige neue Bundesländer | 11,0% | 27,8% | 30,6% | 30,6% | 61,2% |
| alte Bundesländer | 11,8% | 27,0% | 32,8% | 32,8% | 65,6% |
| Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.* | | | | | |
| Sachsen | 31,8% | 34,6% | 17,7% | 15,9% | 33,6% |
| übrige neue Bundesländer | 30,7% | 34,4% | 16,4% | 18,5% | 34,9% |
| alte Bundesländer | 30,0% | 33,3% | 19,8% | 16,9% | 36,7% |
| Stimme ... | über- haupt | eher nicht zu | eher zu | voll und ganz zu | Zustim- mung |

Alle Angaben für Sachsen (n = 1086), die übrigen neuen Bundesländer (n=2269) und die alten Bundesländer (n = 9096) beziehen sich jeweils auf die zusammengefassten Stichproben der GMF-Surveys 2002-2005, sofern nicht anders angegeben. Die hier angeführten Prozentzahlen beziehen sich auf die nach Repräsentativität gewichteten Stichproben. Geringfügige Abweichungen in der Spalte „Zustimmung Gesamt“ sind auf Rundungen zurückzuführen.

Zur Prüfung von signifikanten Unterschieden zwischen Sachsen, den übrigen neuen sowie alten Bundesländern in der Häufigkeit der Zustimmung (Spalte „Zustimmung Gesamt“) zu Indikatoren der GMF wurde für jede Aussage ein Chi²-Test berechnet. Bei Aussagen, die nicht mit *, ** oder *** gekennzeichnet sind, unterscheiden sich die Gruppen statistisch nicht signifikant voneinander.

^a Erst ab 2003 erfasst; die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2003-2005.

® Die Zustimmung zu dieser Aussage erfasst im Unterschied zu allen anderen Aussagen hohe Toleranz. Sie wurde daher umgepolt, d.h. anstelle hoher Zustimmung wird hier hohe Ablehnung ausgewiesen.

Fast zwei Drittel aller Befragten in Sachsen sind der Ansicht, es leben zu viele Ausländer in Deutschland. 28% stimmen dieser Aussage eher zu, weiter 37% stimmen sogar voll und ganz zu. In den verbleibenden neuen Bundesländern liegt der Anteil der zustimmenden Befragten noch um 4 Prozentpunkte höher als in Sachsen, in den alten Bundesländern deutlich darunter. Dem anderen Indikator für das Maß **Fremdenfeindlichkeit**, der Aussage „wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ stimmen mit einem Anteil von 45 % etwas weniger Sachsen als bei der vorherigen Frage zu. Auch bezüglich dieser Frage bestehen deutlich Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Insgesamt betrachtet ist der Anteil der Befragten, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, sowohl in Sachsen als auch in den restlichen neuen Bundesländern deutlich höher als in den alten Bundesländern.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Betrachtung der beiden Indikatoren zur Messung von **Rassismus**. Der ersten Aussage „Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie

deutscher Abstammung sind“ stimmt ein deutlich höherer Anteil der Befragten aus Sachsen und den neuen Bundesländern zu. Auch bei der zweiten Frage „die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ stimmen mit jeweils um die 17 % sowohl ein höherer Anteil der Sachsen als auch der Befragten aus den neuen Bundesländern zu. Allerdings beträgt die Differenz zu den alten Bundesländern bezüglich dieser Frage nur rund 2 Prozentpunkte.

Deutliche Ost-West-Unterschiede lassen sich auch bei den beiden Fragen über die **Abwertung von Obdachlosen** feststellen. Der Frage „Obdachlose in den Städten sind unangenehm“ stimmen 52% der Sachsen und 48% der Befragten in den übrigen neuen Bundesländern zu, in den alten Bundesländern sind es 42%. „Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzone entfernt werden“ befürworten 45 % der Sachsen, 43% der übrigen Ostdeutschen und 34% der Westdeutschen.

Ein weniger einheitliches Bild ergeben die beiden Aussagen zur Messung von **Islamophobie**. Während der Anteil zustimmender Befragter bei der Frage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ in Sachsen und den übrigen neuen Bundesländern höher ist als in den alten, stimmt ein deutlich höherer Anteil der Westdeutschen der Aussage zu „durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im Land“. Das gegenläufige Antwortverhalten in den neuen und alten Bundesländern hinsichtlich dieser beiden Fragen ist jedoch durchaus plausibel. Während bei der ersten Frage eher die Einstellung zu restriktiven Maßnahmen gemessen wird, bezieht sich die zweite Frage eher auf die Wahrnehmung der eigenen Lebenswirklichkeit. Es liegt daher nahe, dass die höheren Zustimmungsraten zum Empfinden von Fremdheit in den alten Bundesländern mit den dort deutlich höheren Anteilen an Bewohnern mit Migrationshintergrund zusammenhängen.

Interessant sind die Ergebnisse bezüglich der Fragen zur Messung von **Homophobie**. Sowohl der Anteil der Sachsen als auch der Anteil der Befragten aus den neuen Bundesländern, die der Frage „es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“ zustimmen, ist höher als der Anteil der Befragten aus den alten Bundesländern. Allerdings ist im Unterschied zu den zuvor diskutierten Fragen die Differenz zwischen den Anteilswerten der übrigen neuen und der alten Bundesländer geringer als die Differenz zwischen den Anteilswerten der Sachsen und den Befragten der übrigen neuen Bundesländer. Die gleiche Tendenz zeigt sich bei der zweiten Frage „Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein“. Während 42% der Sachsen diese Aussage ablehnen, sind es bei den Befragten der restlichen neuen sowie der alten Bundesländer nur jeweils rund 37% bzw. 35%³. Die Sachsen erweisen sich damit als die homophobste Substichprobe.

Hinsichtlich der **Abwertung von Behinderten** besteht die umgekehrte Tendenz. Während sich sowohl in Sachsen als auch in den alten Bundesländern 25% der Befragten „in Gegenwart von Behinderten unwohl“ fühlen, sind es in den übrigen neuen Bundesländern knapp 32%.

³ Die Zustimmung zu dieser Aussage erfasst im Unterschied zu allen anderen Aussagen hohe Toleranz. Sie wurde daher umgepolt, d.h. anstelle hoher Zustimmung wird hier hohe Ablehnung ausgewiesen.

Beide Aussagen zur Messung von **Antisemitismus**, die Fragen „Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss“ sowie „durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig“ werden in den alten Bundesländern von einem höheren Anteil der Befragten befürwortet. Gleiches gilt für die Fragen zur Messung des klassischen **Sexismus**. Immerhin ein knappes Drittel der Westdeutschen befürwortet das traditionelle Rollenbild „die Frau soll sich mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen“ und ein Viertel meint „für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen“. Unter den Sachsen und den Ostdeutschen aus den restlichen neuen Bundesländern finden sich deutlich weniger Befürworter dieser Aussagen. Weiterhin werden in den alten Bundesländern **Etabliertenvorrechte** stärker betont. Gut zwei Drittel der Befragten in den alten Bundesländern stimmt zu, dass „wer irgendwo neu ist, sich mit weniger zufrieden geben“ soll. In Sachsen sind es 62%, in den restlichen neuen Bundesländern 61%. Bei 37% der Westdeutschen findet die Aussage „wer schon immer her lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind“ Zustimmung. In Sachsen sind es knapp 34%, in den restlichen neuen Bundesländern 35%.

Die ermittelten Unterschiede zwischen Sachsen, den neuen sowie den alten Bundesländern sind bezüglich fast aller Aussagen statistisch signifikant (*), zumeist sogar hoch signifikant (***). Einzige Ausnahme bildet der erste von zwei Indikatoren zur Messung von Etabliertenvorrechten „wer irgendwo neu ist, sollte sich mit weniger zufrieden geben“.

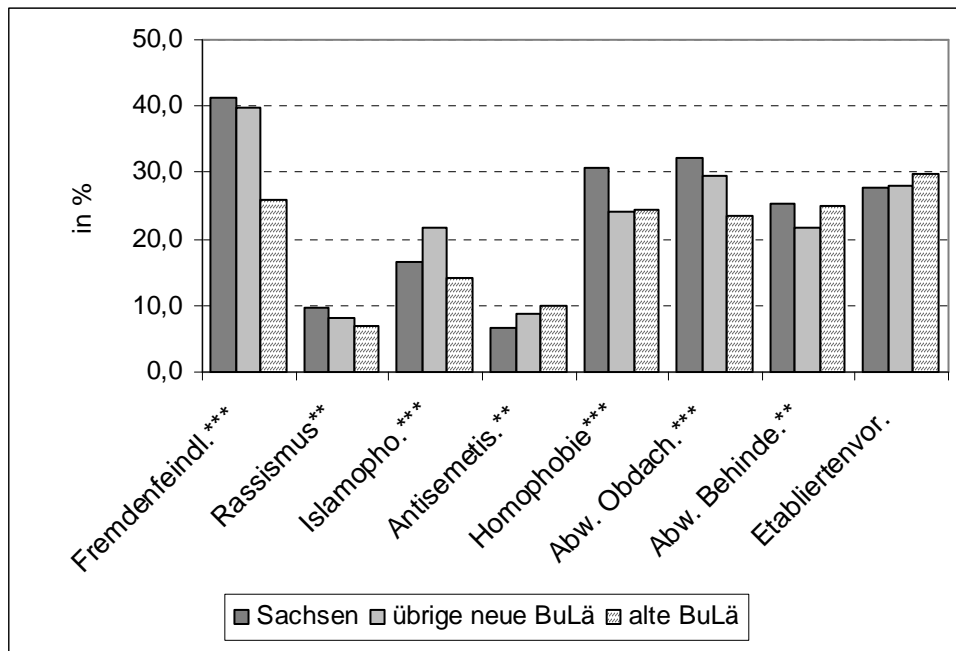
Insgesamt betrachtet zeigen die Sachsen und die Befragten der übrigen neuen Bundesländer ein ähnliches Antwortverhalten. Die Zustimmungsraten zu fast allen Einzelaussagen der GMF dieser beiden Substichproben weisen zumeist nur geringe Unterschiede auf, während eine deutliche Differenz zu den Anteilswerten der Befragten aus den alten Bundesländern besteht. Die Sachsen und Befragten aus den neuen Bundesländern erweisen sich als deutlich fremdenfeindlicher, als tendenziell rassistischer, tendenziell islamophober und obdachlosenfeindlicher. Die Befragten aus den alten Bundesländern hingegen als sexistischer und antisemitischer, außerdem betonen sie stärker Etabliertenvorrechte. Betrachtet man die Unterschiede bezüglich der einzelnen Aussagen zwischen Sachsen und den Befragten aus den neuen Bundesländern im Detail, lässt sich kein einheitliches Muster feststellen. Mal sind die Anteilswerte der Befragten aus Sachsen, mal die Anteilswerte der Befragten aus den neuen Bundesländern höher. Die Sachsen erweisen sich hierbei als besonders homophob und tendenziell als obdachlosenfeindlicher als die Befragten aus den neuen Bundesländern. Im Gegenzug sind sie tendenziell weniger antisemitisch.

3.1 Zustimmung zu Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man nicht mehr die Zustimmungswerte zu einzelnen Aussagen betrachtet, sondern die Zustimmung zu den Elementen der GMF. Abbildung 2 zeigt einen Überblick über die Zustimmung zu den einzelnen Syndromelementen der GMF, die aus den jeweiligen Indikatoren gebildet wurden, im Vergleich zwischen Sachsen und dem

übrigen Deutschland⁴. Ausgewiesen werden die Anteile der Befragten, die den beiden Aussagen des jeweiligen Elements eher oder voll und ganz zugestimmt haben.

Abb. 2: Zustimmung zu den GMF-Elementen in Sachsen und dem übrigen Deutschland



Anm.: Abgebildet ist jeweils der Anteil der Befragten, die beiden Indikatoren eines GMF-Elements eher oder voll und ganz zustimmen. Die Abwertung von Behinderten wurde mit nur einer Aussage erfasst.

Die Betrachtung der Zustimmungswerte für die GMF-Elemente bestätigt, dass sowohl Sachsen als auch die Befragten aus den neuen Bundesländern fremdenfeindlicher als die Befragten der alten Bundesländer sind. Da die Zustimmung für beide Indikatoren erforderlich war, ist die Zustimmungsrate mit beispielsweise knapp 40% für die Sachsen allerdings etwas niedriger als sie für die beiden Einzelfragen war, wo die entsprechenden Werte 65% bzw. 45% betragen (vgl. Tabelle 2). Die beträchtlichen Niveauunterschiede zwischen Sachsen und den übrigen neuen Bundesländern auf der einen Seite und den alten Bundesländern auf der anderen Seite bleiben davon unberührt. Beide ostdeutschen Substichproben weisen außerdem signifikant höhere Zustimmungsraten zu den Elementen Rassismus, Islamophobie sowie Abwertung von Obdachlosen auf. Die Auswertung zu den GMF-Elementen zeigt auch, dass die Befragten in den alten Bundesländern signifikant antisemitischer sind und stärker Etabliertenvorrechte betonen. Ebenfalls bestätigt sich, dass die Sachsen im Vergleich mit den beiden anderen Substichproben besonders häufig homophoben Aussagen zustimmen und dass sie Obdachlose stärker abwerten.

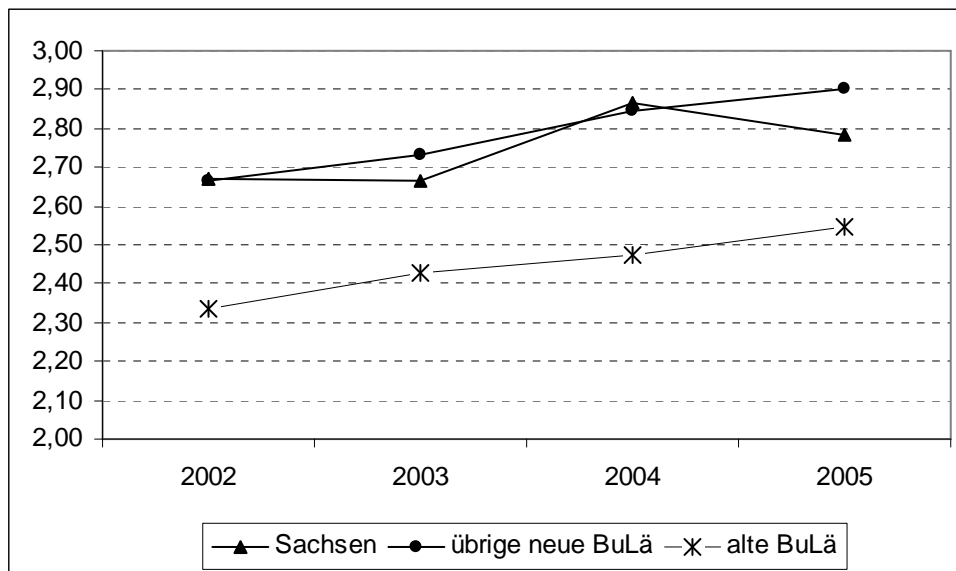
Gut 40% der Sachsen neigen zur Fremdenfeindlichkeit, jeweils 30% zur Homophobie und zur Abwertung von Obdachlosen. Im Vergleich mit den übrigen Befragten aus den neuen sowie alten Bundesländern weisen Sachsen außerdem beim Rassismus signifikant höhere und beim Antisemitismus signifikant niedrigere Zustimmungsraten auf.

⁴ Ohne das Element des Sexismus

3.2 Entwicklung des Elements Fremdenfeindlichkeit im Zeitverlauf

Auch wenn die Stichprobengrößen in jedem einzelnen Erhebungsjahr nicht groß genug für eine wirklich verlässliche Beobachtung der Entwicklung der GMF in Sachsen sind, soll dennoch unter Vorbehalt ein kurzer Blick auf die Entwicklung von minderheitenfeindlichen Einstellungen am Beispiel des Elements der Fremdenfeindlichkeit geworfen werden.

Abb. 3: Entwicklung des Ausmaßes von Fremdenfeindlichkeit von 2002-2005 in Sachsen, in den übrigen neuen sowie alten Bundesländern



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

So hat sich in Sachsen bezüglich des Elements der Fremdenfeindlichkeit eine andere Entwicklung als in den übrigen neuen sowie den alten Bundesländern vollzogen. Während die Fremdenfeindlichkeit in den beiden letztgenannten Gruppen zwischen 2002 und 2005 kontinuierlich angestiegen ist, ist sie in Sachsen nach einem deutlichen Anstieg zwischen 2003 und 2004 im Jahr 2005 wieder deutlich gesunken. Dies hat zur Folge, dass der Zustimmungswert der Sachsen auf der Rangskala im Jahr 2005 zwar noch weit über den Zustimmungswerten der Westdeutschen aber auch deutlich unterhalb der Zustimmungswerte der übrigen Ostdeutschen lag. Über die Ursachen für diesen sinkenden Wert kann an dieser Stelle nur spekuliert werden.

Die Fremdenfeindlichkeit ist in Sachsen nach einem deutlichen Anstieg zwischen 2003 und 2004 im Jahr 2005 wieder deutlich gesunken.

4. Verschiedene Bevölkerungsgruppen in Sachsen

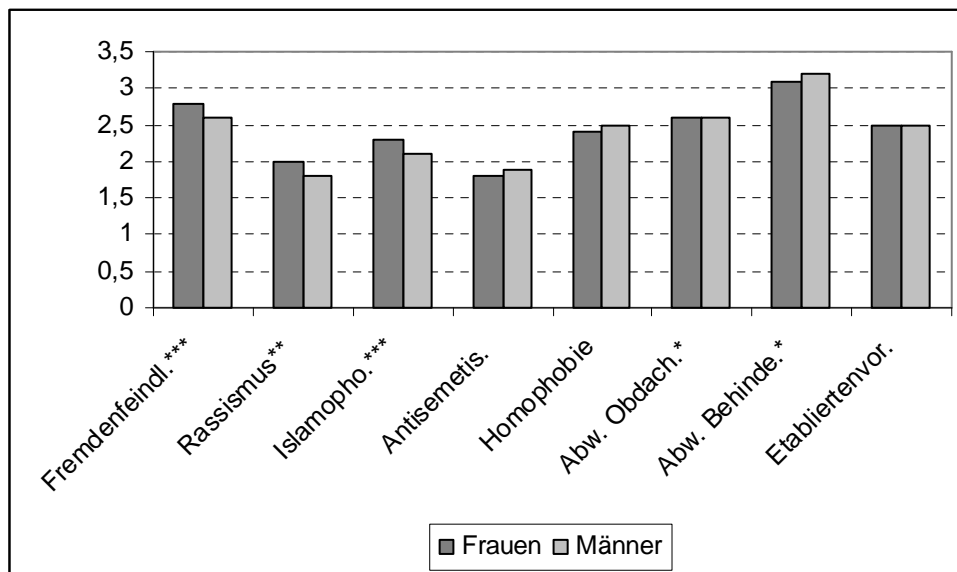
Wie aus der Forschung zu Vorurteilen bekannt ist und bisherige Analyse der GMF-Surveys bestätigt hat, unterscheiden sich verschiedene Bevölkerungsgruppen im Ausmaß ihrer Zustimmung zur GMF. Vor allem die Bildung hat einen ganz wesentlichen Einfluss. Im Durchschnitt stimmen Befragte mit höherer Schulbildung den Elementen weniger zu als Befragte mit geringerer Schulbildung (Heyder 2003). Auch der Einfluss des Alters wurde bereits im GMF-Survey analysiert. Anders als es die öffentliche Wahrnehmung und der Zuschnitt vieler Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vermuten lassen, sind es vielfach eher die Älteren, die zur Menschenfeindlichkeit neigen, während Jugendliche und junge Erwachsene häufig geringere Vorurteile haben (Endrikat 2006). Als ebenso interessant und überraschend hat sich der Vergleich von Männern und Frauen erwiesen. Anders als es vielfach das Klischee von friedfertigen und mitfühlenden Frauen will, äußerten sich Frauen fremdenfeindlicher, rassistischer und islamophober als Männer (Küpper/Heitmeyer 2005). Darüber hinaus lässt die Forschung zum poor-white-racism Phänomen in den USA vermuten, dass auch in Deutschland und darüber hinaus auch in Sachsen junge Männer mit geringerer Bildung bzw. niedrigerem Einkommen besonders zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, möglicherweise auch zu Vorurteilen gegenüber anderen schwachen Gruppen neigen. Diese Gruppe ist zudem eine besonders kritische Gruppe, weil sie auch besonders häufig als Täter von Straf- und Gewalttaten mit menschenfeindlichem Hintergrund in Erscheinung tritt. Daneben hat sich auch die Konfessionszugehörigkeit als Prädiktor für die GMF erwiesen – anders als vielleicht zunächst anzunehmen, erweisen sich Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen keineswegs als weniger feindselig, im Gegenteil (Küpper/Zick 2006). Für Sachsen, einem durch Konfessionslose geprägten Bundesland, stellt sich daher die interessante Frage, inwieweit sich die Zugehörigkeit zu einer christlichen Konfession in höheren Zustimmungswerten zu Elementen der GMF niederschlägt.

Im Folgenden wird das Ausmaß von GMF in verschiedenen Bevölkerungsgruppen für Sachsen beschrieben. Unterschiede zu den entsprechenden Bevölkerungsgruppen in den übrigen neuen sowie alten Bundesländern werden gegebenenfalls diskutiert.

4.1 Geschlecht

Der Vergleich von Frauen und Männern aus Sachsen bestätigt, dass sich Einstellungen zu Minderheiten bezüglich vieler Elemente nach den Geschlechtern unterscheiden. Frauen in Sachsen stimmen fremdenfeindlichen, rassistischen und islamophoben Aussagen signifikant stärker zu als Männer (vgl. Abb. 4). Umgekehrt äußern sich Männer in Sachsen antisemitischer, homophober und werten Behinderte stärker ab. Bei der Abwertung von Obdachlosen und bei der Betonung der Etabliertenvorrechte zeigen sich in Sachsen keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Das Antwortmuster von Frauen und Männern aus Sachsen entspricht damit im Wesentlichen dem der übrigen Deutschen.

Abb. 4: Zustimmungswerte zu den Elementen der GMF bei Frauen und Männern in Sachsen



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Ebenso wie im übrigen Deutschland erweisen sich Frauen signifikant eher bereit, fremdenfeindlichen, rassistischen und islamophoben Aussagen zuzustimmen. Im Gegenzug stimmen Männer eher als Frauen antisemitischen sowie homophoben Aussagen zu und sie werten Behinderte stärker ab. Bei der Abwertung von Obdachlosen und bei der Betonung von Etabliertenvorrechten unterscheiden sich Männer und Frauen in Sachsen nicht.

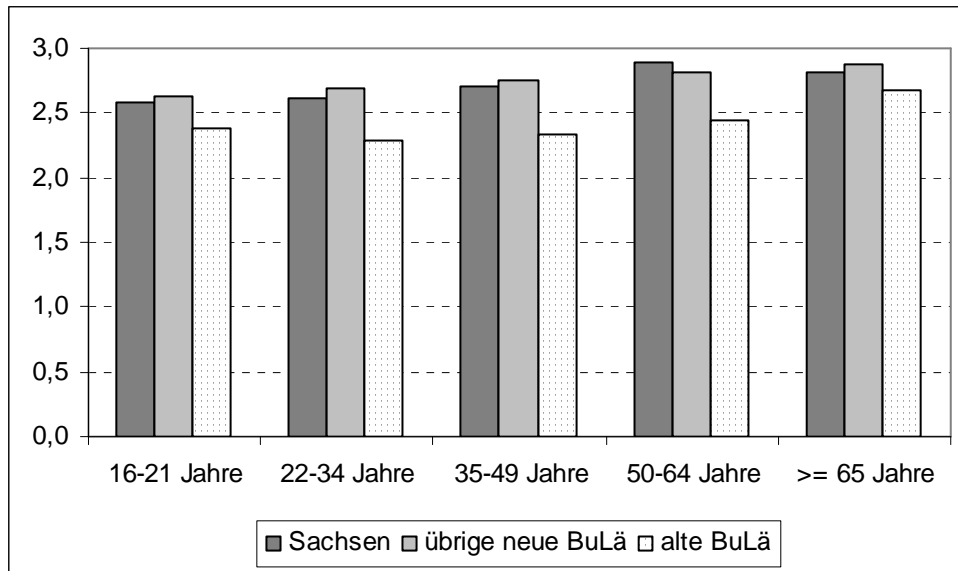
4.2 Alter

Fünf Gruppen wurden in Abhängigkeit ihres Alters miteinander verglichen: Befragte im Alter von 16 – 21 Jahren, von 22 - 34, von 35 - 49, von 50 - 64 und Befragte im Alter von 65 und mehr. Weiterhin werden Unterschiede zwischen Sachsen, den Befragten der übrigen neuen sowie alten Länder herausgearbeitet. Zur besseren Übersicht werden zunächst die GMF-Elemente dargestellt und interpretiert, die sich auf eher kulturelle Unterschiede, Überlegenheitsansprüche und Vorrechte beziehen, nämlich die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und die Betonung von Etabliertenvorrechten (Abb. 5 – 9). Anschließend wird auf die Teilelemente des früheren Elements Heterophobie eingegangen, also auf Einstellungen, die sich auf Minderheiten aus der eigenen Mitte beziehen, nämlich auf die Elemente Homophobie sowie die Abwertung von Behinderten und Obdachlosen (Abb. 10 – 12). Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die Befragten aus Sachsen über fast alle GMF-Elemente hinweg in Abhängigkeit ihres Alters deutlich im Vergleich der Mittelwerte unterscheiden.

4.2.1 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie und Etabliertenvorrechte

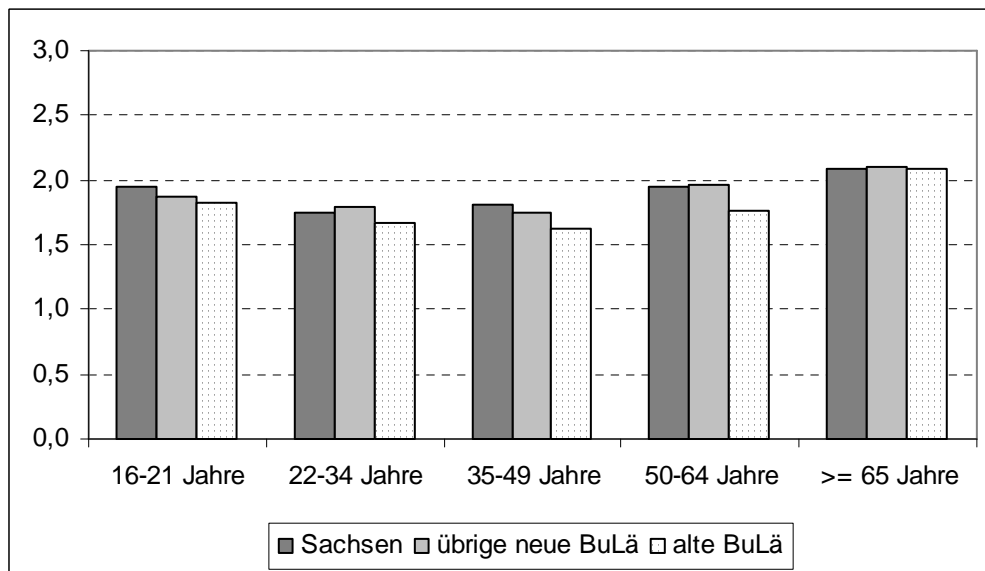
Bei der Bewertung der Elemente Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, und Betonung von Etabliertenvorrechten ist bei den Sachsen ein linearer Anstieg der Mittelwerte in Bezug auf das Alter zu verzeichnen. Jüngere Befragte weisen durchgängig niedrigere Zustimmungswerte als die älteren Altersgruppen auf.

Abb. 5: Zustimmungswerte zur Fremdenfeindlichkeit nach Altersgruppen



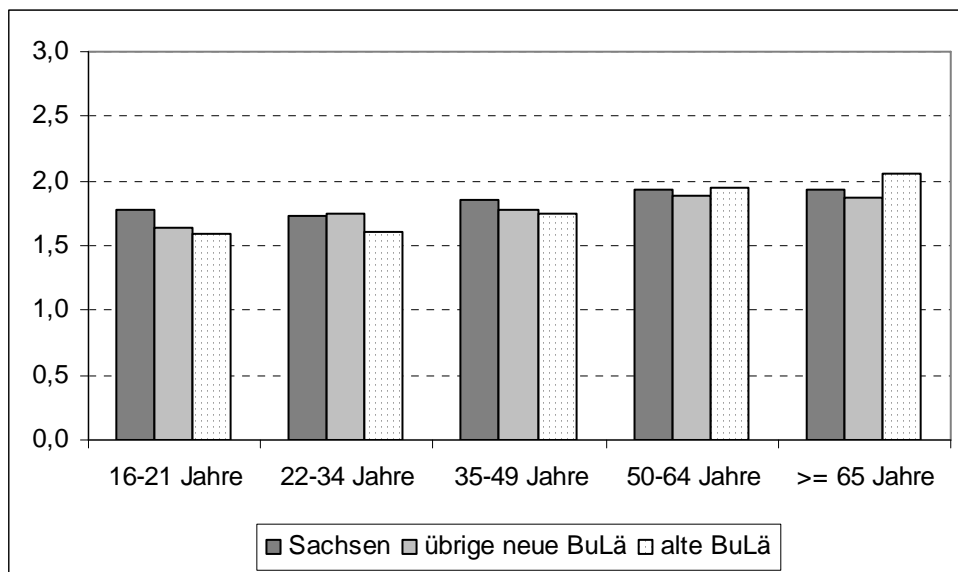
(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Abb. 6: Zustimmungswerte zum Rassismus nach Altersgruppen



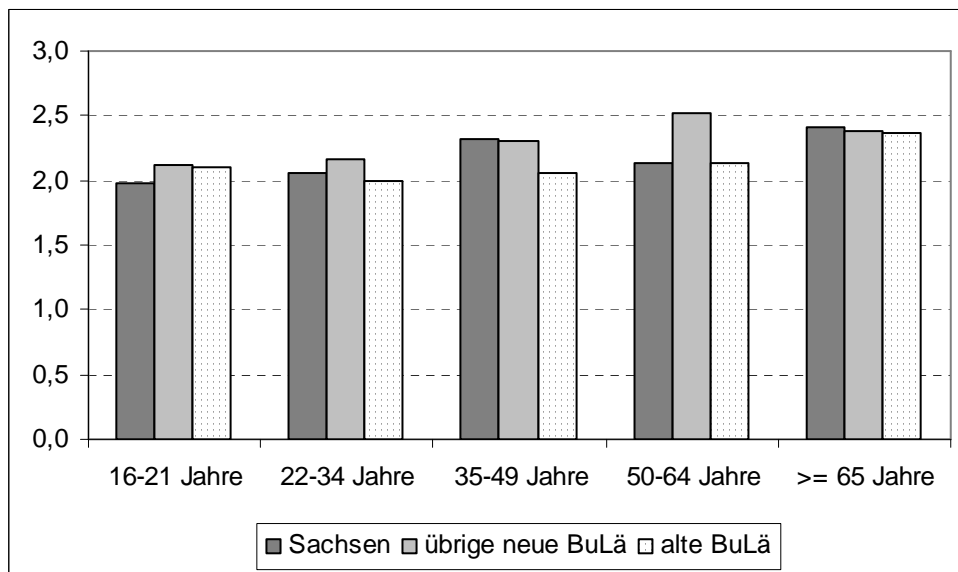
(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Abb. 7: Zustimmungswerte zum Antisemitismus nach Altersgruppen



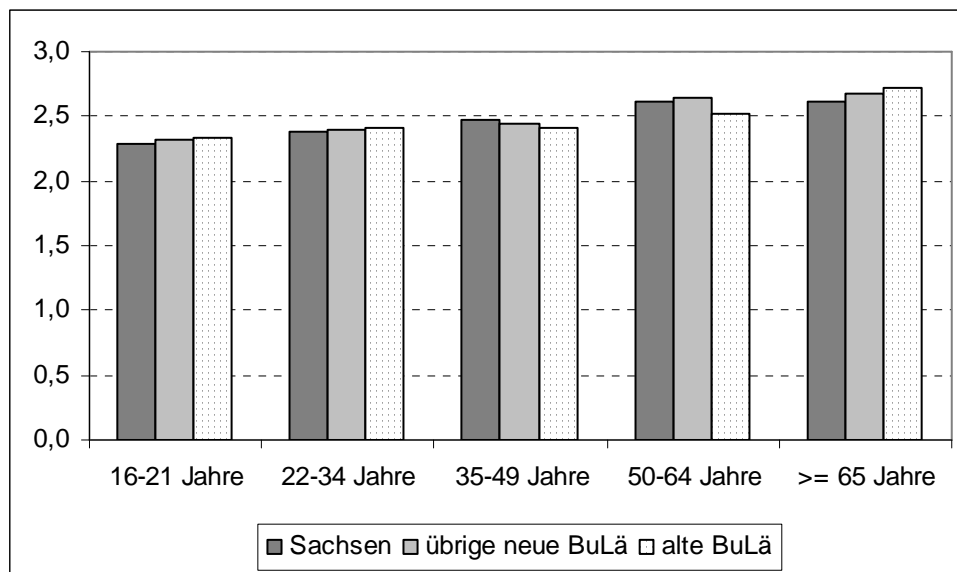
(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Abb. 8: Zustimmungswerte zur Islamophobie nach Altersgruppen



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Abb. 9: Zustimmungswerte zu Etabliertenvorrechten nach Altersgruppen



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Der Umstand, dass in Sachsen eher die Älteren geneigt sind, den entsprechenden GMF-Elementen zuzustimmen, ist kein regionalspezifisches Phänomen. Auch im bundesweiten Vergleich findet sich zumeist ein linearer Anstieg der Mittelwerte von der jüngsten Altersgruppe mit den niedrigsten Zustimmungswerten bis zu den ältesten Gruppen mit den höchsten Werten. Eine Ausnahme bildet das Element Rassismus, bei dem die Mittelwerte der verschiedenen Altersgruppen eine U-förmige Kurve abbilden. Hier erweisen sich die jüngeren Befragten und die älteren Befragten als am feindseligsten. Die mittleren Altersgruppen stimmen den rassistischen Aussagen vergleichsweise wenig zu. Auch dieser Trend ist sowohl in Sachsen, den neuen sowie den alten Bundesländern zu verzeichnen.

Der Blick ins Detail offenbart entsprechend die höchsten Mittelwerte bei Fremdenfeindlichkeit, bei Antisemitismus und bei der Betonung von Etabliertenvorrechten bei den Befragten der beiden Altersgruppen 50 – 64 sowie 65 Jahren und älter. Die jüngeren Sachsen sowohl in der Altersklasse von 16 – 21 als auch in der Altersklasse von 22 – 24 weisen weder für die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Antisemitismus noch für die Betonung von Etabliertenvorrechten besonders hohe Werte auf. Lediglich bei dem Element Rassismus setzen sich die 16 bis 21-jährigen gemeinsam mit den über 50-jährigen von den beiden mittleren Altersklassen ab.

Allerdings zeigt der Vergleich der verschiedenen Altersgruppen aus Sachsen, den übrigen neuen sowie den alten Bundesländern, dass die beiden ostdeutschen Substichproben durchgängig fremdenfeindlicher und rassistischer sind als ihre jeweiligen Altersgenossen in den alten Bundesländern. Antisemitische Einstellungen sind bei den jüngeren Ostdeutschen stärker ausgeprägt als bei den westdeutschen Jugendlichen. Umgekehrt allerdings sind die älteren Jahrgänge in Westdeutschland wiederum antisemitischer als die älteren Ostdeutschen. Bei der Islamophobie zeigt sich kein einheitliches Bild. Etabliertenvorrechte werden in Sachsen, den übrigen neuen und alten Bundesländern gleichermaßen betont. Lediglich in

der letzten Altersgruppe der über 65-jährigen weisen die Westdeutschen bezüglich der Etabliertenvorrechte höhere Zustimmungswerte auf. Hinsichtlich der Substichprobe der Sachsen fällt auf, dass insbesondere die Jugendlichen im Alter von 16-21 deutlich stärker rassistische und antisemitische Aussagen befürworten als ihre Altersgenossen aus den neuen und alten Bundesländern.

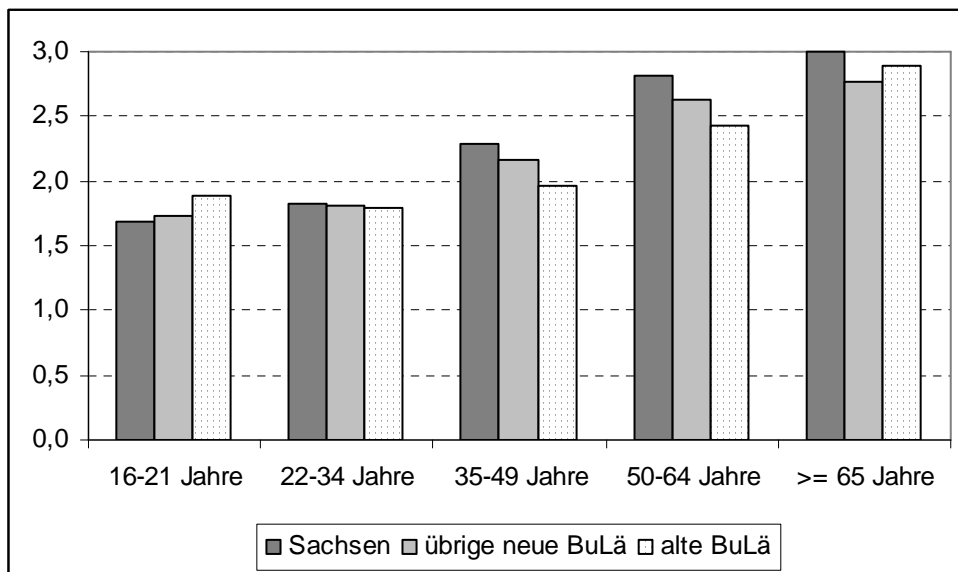
Was sich bereits für ganz Deutschland gezeigt hat, offenbart sich auch in Sachsen: vor allem die älteren Jahrgänge fallen durch hohe Zustimmungswerte zu den Elementen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und Etabliertenvorrechte auf. Allen voran sind es die Ältesten ab 65 Jahren, gefolgt von denen im höheren Alter zwischen 50 und 64 Jahren. Über die meisten Elemente hinweg bestätigt der bundesweite Trend zu einer linearen Streuung der Mittelwerte. Allerdings zeigt der Vergleich der Altersgruppen, dass Sachsen ebenso wie die Befragten der übrigen neuen Bundesländer tendenziell fremdenfeindlicher und rassistischer als ihre Altersgenossen sind. Außerdem sind jungen Sachsen unter 21 antisemitischer und rassistischer eingestellt als andere Jugendliche aus den neuen und alten Bundesländern.

4.2.2 Homophobie und die Abwertung von Obdachlosen sowie Behinderten

Homophobie stellte das Element der GMF dar, bei dem sich unterschiedliche Wertorientierungen zwischen Alten und Jungen am deutlichsten zeigen. Während der durchschnittliche Zustimmungswert für die Sachsen im Alter von 16-21 Jahren mit 1,7 relativ niedrig ist, erreicht er bei den über 64-jährigen einen Wert von 3,0. Insgesamt ist, wie bei den meisten der zuvor besprochenen GMF-Elementen ein linearer Anstieg der Mittelwerte nach Alter zu verzeichnen, allerdings ist dieser bei dem hier diskutierten Element Homophobie deutlich steiler. Die nach dem Alter extremen Unterschiede in der Beurteilung von Homosexualität sind auch in den anderen neuen sowie alten Bundesländern zu verzeichnen. Auffällig ist, dass jüngere Sachsen eher aufgeschlossener gegenüber Homosexualität eingestellt sind als ihre Altersgenossen in den neuen und alten Bundesländern, die drei Altersgruppen ab 35 hingegen jedoch durchgängig ablehnender als die sonstigen Deutschen. Entsprechend stellt Homosexualität das GMF-Element dar, bei dem die Einstellungen der jungen und alten Sachsen am weitesten auseinander liegen.

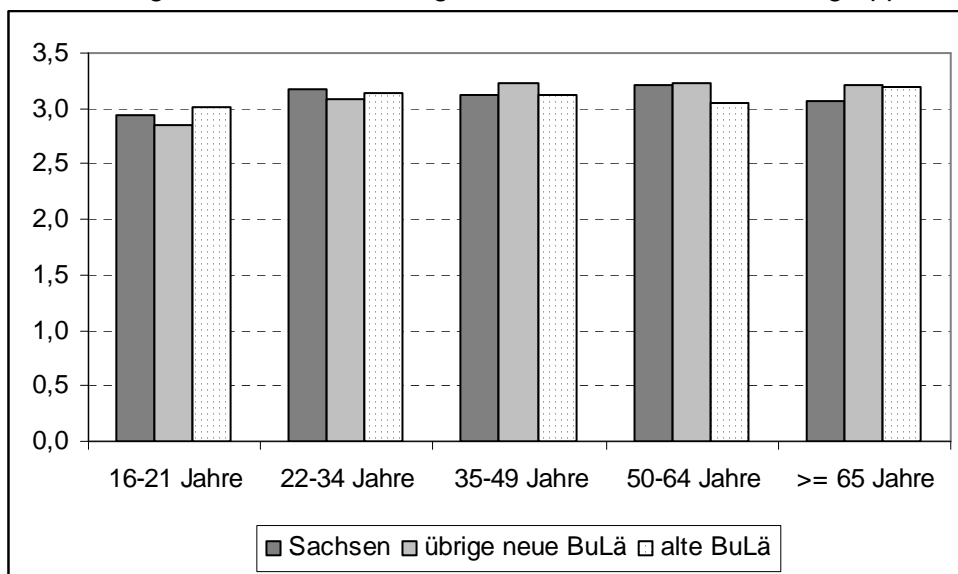
Bei der Abwertung von Behinderten und Obdachlosen sind hingegen kaum Unterschiede zwischen den Altersgruppen zu finden. Die nach Alter gruppierten Mittelwerte liegen, sieht man von leichten Schwankungen ab, weitgehend auf einer Linie. Auch ansonsten scheint sich die deutsche Bevölkerung in der Einschätzung von Behinderten und Obdachlosen weitgehend einig zu sein. Die Mittelwerte der Sachsen, der Befragten aus den übrigen neuen sowie alten Bundesländern weichen nur wenig voneinander ab. Tendenziell sind die Ostdeutschen und insbesondere die Sachsen zwischen 35 und 65 Jahren negativer gegenüber Obdachlosen eingestellt als die Westdeutschen.

Abb. 10: Zustimmungswerte zur Homophobie nach Altersgruppen



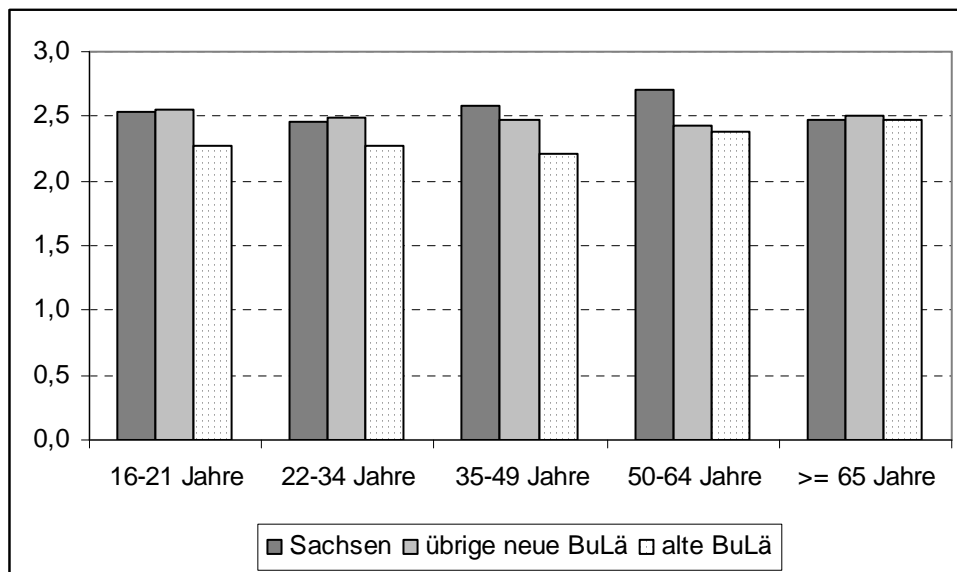
(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Abb. 11: Zustimmungswerte zur Abwertung von Behinderten nach Altersgruppen



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Abb.12: Zustimmungswerte zur Abwertung von Obdachlosen nach Altersgruppen



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

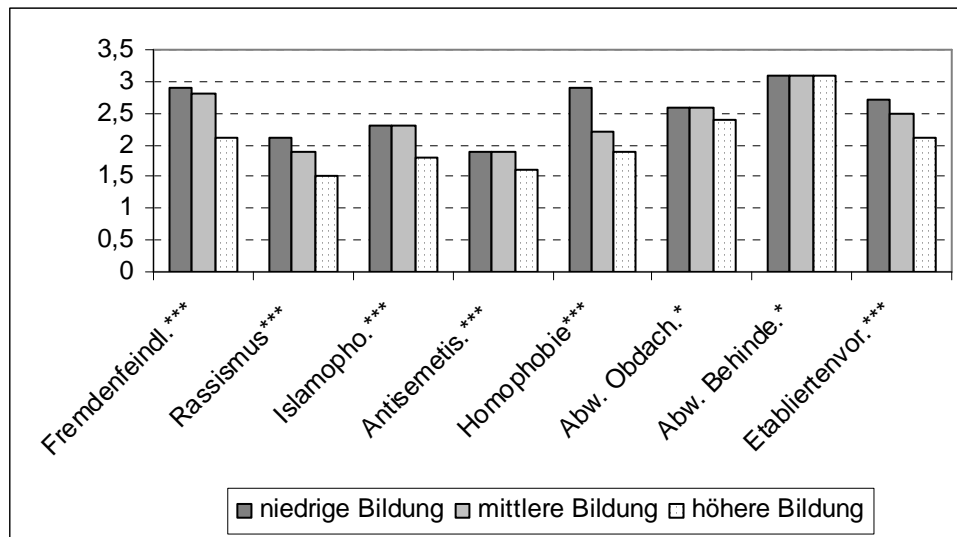
Homophobie stellte das Element der GMF dar, bei dem sich unterschiedliche Wertorientierungen zwischen Alten und Jungen am deutlichsten zeigen. Dieser bundesweit bestehende Trend ist bei den Sachsen besonders ausgeprägt. Damit geht einher, dass junge Sachsen geringere durchschnittliche Zustimmungswerte und ältere Sachsen höhere durchschnittliche Zustimmungswerte zur Homophobie aufweisen als ihre Altersgenossen im übrigen Deutschland. Bei der Abwertung von Behinderten und Obdachlosen sind sowohl in Bezug auf die Altersgruppen als auch auf die verschiedenen Substichproben nur relativ geringe Mittelwertsunterschiede zu finden. Tendenziell sind die Ostdeutschen allerdings etwas abwertender gegenüber Behinderten eingestellt als die Westdeutschen. Dies betrifft insbesondere die Sachsen im Alter zwischen 35 und 64 Jahren.

4.3 Schulbildung

Zur Analyse des Einflusses der Schulbildung wurden die Befragten zu drei Gruppen zusammengefasst, um Stichprobengrößen zu erhalten, die noch aussagekräftiger sind. In der Kategorie niedrige Schulbildung sind Befragte ohne Schulabschluss und mit einem Abschluss der Volks- oder Hauptschule bzw. der Polytechnischen Schule bis einschließlich der 8. Klasse enthalten, die Kategorie mittlerer Schulabschluss umfasst Befragte mit einem Abschluss der Realschule, der Polytechnische Oberschule bis einschließlich der 10. Klasse, die Kategorie höherer Schulabschluss wurde aus Befragten mit Abitur bzw. Fachabitur gebildet. In Sachsen hat die Schulbildung einen besonders deutlichen und statistisch zumeist hochsignifikanten Einfluss auf das Ausmaß der meisten GMF-Elemente (s. Abb. 13). Bei den Elementen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Homophobie und Etabliertenvorrechten sinken die durchschnittlichen Zustimmungswerte mit zunehmendem Bildungsniveau deutlich ab. Sachsen mit hoher Bildung signalisieren die geringste Zustimmung zu den entsprechenden Ele-

menten der GMF, gefolgt von Befragten mit mittlerer Bildung. Befragte mit niedrigerem Schulabschluss geben die meiste Zustimmung an.

Abb. 13: Zustimmungswerte zu den Elementen der GMF nach Schulbildung in Sachsen



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Bei den Elementen Islamophobie, Antisemitismus und bei der Abwertung von Obdachlosen gleichen sich die Werte der Sachsen mit niedriger und mittlerer Bildung an. Allerdings bleibt die zuvor beschriebene Tendenz bestehen, auch bei diesen Elementen weisen Befragte mit hoher Schulbildung niedrigere durchschnittliche Zustimmungswerte auf. Das einzige Element bei dem keine Mittelwertunterschiede bestehen, ist die Abwertung von Behinderten. Für alle drei Bildungskategorien wurde der gleiche Wert ermittelt.

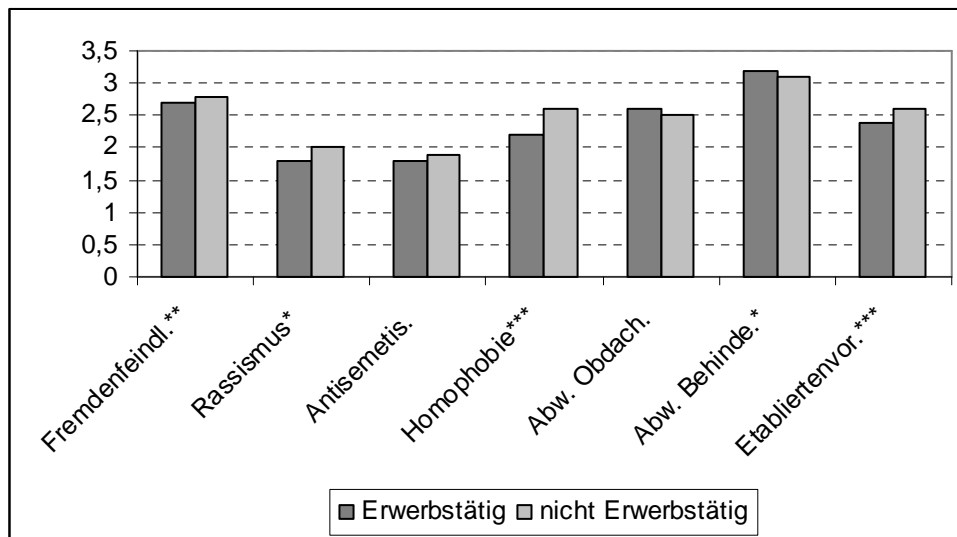
Die Einschätzungsmuster der verschiedenen GMF-Elemente in Abhängigkeit vom Bildungsstand der Sachsen entsprechen i. d. R. denjenigen der anderen Substichproben. In den neuen sowie alten Bundesländern ist die Tendenz zu höheren Zustimmungswerten bei abnehmenden Bildungsniveaus bei dem Element Antisemitismus deutlicher ausgeprägt. Der durchschnittliche Zustimmungswert der mittleren Bildungsgruppe ist in Bezug auf dieses Element sowohl in den übrigen neuen als auch alten Bundesländern zwischen den Kategorien niedrige bzw. hohe Bildung angesiedelt und liegt nicht wie bei den Sachsen auf gleichem Niveau mit den niedrigen Bildungsabschlüssen.

In Sachsen hat die Schulbildung einen ganz erheblichen Einfluss auf fast alle Elemente der GMF, wie es sich auch für das übrige Deutschland zeigt. Befragte mit höherer Schulbildung, d. h. mit Fachabitur oder Abitur äußern sich weniger fremdenfeindlich, rassistisch, islamophob, antisemitisch und homophob als Befragte mit niedrigerer Schulbildung. Außerdem äußern sie sich weniger abwertend gegenüber Obdachlosen und sie betonen weniger Etabliertenvorrechte. Sie werden dicht gefolgt von Sachsen mit mittlerer Schulbildung. Am deutlichsten abwertend äußern sich entsprechend Sachsen mit niedriger Schulbildung.

4.4 Erwerbstätigkeit

Ein weiterer wichtiger Indikator für die soziale Lage und entsprechend ein Prädiktor für Wertorientierungen ist der Stand im Erwerbsleben. Die Interviewpartner wurden gefragt, ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Bei den Auswertungen ist zu beachten, dass in beiden Gruppen sehr verschiedene Lebenssituationen zusammengefasst sind. So umfasst die Gruppe der Erwerbstätigen sowohl Vollzeit- als auch Teilzeitbeschäftigte, gut positionierte Selbständige mit mehreren Angestellten sowie Selbständige in einer prekären Erwerbssituation mit einem nur geringen Einkommen. In der Gruppe der nicht Erwerbstätigen sind sowohl Schüler, Hausfrauen, Rentner als auch Arbeitslose enthalten. Weiterhin ist zu beachten, dass die soziale Situation des Befragten nicht zwingend durch den eigenen Stand im Erwerbsleben geprägt ist. Vielmehr hängt sie gerade bei jüngeren Befragten oftmals von der Situation der Eltern und bei Paaren von der Situation des Partners ab. Die Ergebnisse können daher nur einen Anhaltspunkt geben und sind mit Vorsicht zu interpretieren.

Abb. 14: Zustimmungswerte zu den Elementen der GMF nach Stand im Erwerbsleben



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Trotz der genannten Einschränkungen zeigt sich, dass sich die durchschnittlichen Zustimmungswerte zwischen Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen in Sachsen unterscheiden. Nicht Erwerbstätige sind signifikant fremdenfeindlicher, rassistischer und homophober. Außerdem heben sie stärker Etabliertenvorteile hervor. Erwerbstätige Sachsen sind hingegen leicht abwertender gegenüber Behinderten eingestellt. Bei den Elementen Antisemitismus und Abwertung von Obdachlosen bestehen nur minimale Unterschiede in den Zustimmungsraten.

Die Einstellungsmuster der Sachsen unterscheiden sich auch in Bezug auf das Merkmal Stand im Erwerbsleben nicht von den Befragten in den übrigen neuen und alten Bundesländern. Damit hat sich auch im übrigen Deutschland bestätigt, dass Erwerbstätige weniger zu Vorurteilen gegenüber Minderheiten neigen als nicht Erwerbstätige. Unklar bleibt, ob dies eher mit der sozialen Situation zusammenhängt oder ob die Berufstätigen nicht einfach mehr

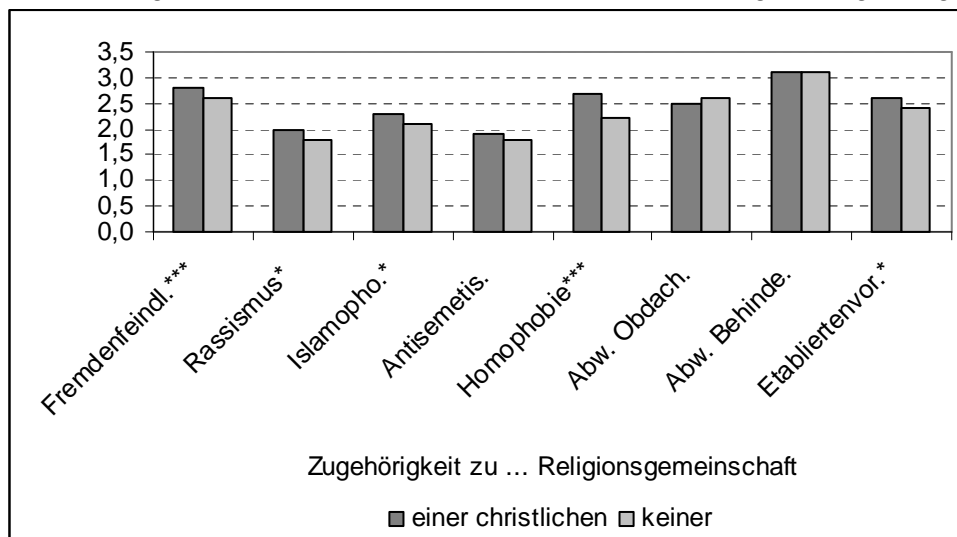
in Kontakt zu anderen Menschen und damit auch zu Minderheiten treten und dies Vorurteile mindert.

Nicht Erwerbstätige in Sachsen haben ebenso wie nicht Erwerbstätige in den übrigen neuen sowie alten Bundesländern mehr Vorurteile gegenüber Minderheiten als Erwerbstätige. Sie stimmen durchschnittlich stärker fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen sowie homophoben Aussagen zu und betonen Etabliertenvorrechte stärker.

4.5 Religion

Wie sich bereits für ganz Deutschland gezeigt hat, spielt die Religionszugehörigkeit eine nicht unerhebliche Rolle für das Ausmaß der Zustimmung zur GMF (Küpper/Zick, 2006). Angehörige einer der beiden großen christlichen Konfessionen erwiesen sich über ganz Deutschland hinweg im Vergleich zu Konfessionslosen insgesamt als feindseliger. Für die Auswertungen in Sachsen wurden die beiden großen christlichen Konfessionen, die Katholiken und die Protestanten in der Kategorie „Angehörige einer christlichen Religionsgemeinschaft“ zusammengefasst, um eine ausreichend große Fallzahl zu erreichen. Sie werden der Gruppe der Konfessionslosen gegenübergestellt. Angehörige sonstiger Religionsgemeinschaften wurden wegen geringer Fallzahlen aus der Analyse ausgeklammert.

Abb. 15: Zustimmungswerte zu den Elementen der GMF nach Religionszugehörigkeit



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Auch in Sachsen unterscheiden sich Angehörige einer der beiden großen christlichen Konfessionen sowie Konfessionslose deutlich voneinander (vgl. Abb. 15). Sachsen, die einer christlichen Religionsgemeinschaft angehören, erreichen im Vergleich zu Konfessionslosen höhere Zustimmungswerte in der Fremdenfeindlichkeit, sie neigen stärker zum Rassismus, zur Islamophobie, zur Homophobie, zum Antisemitismus und sie betonen stärker Etabliertenvorrechte. Lediglich bei der Abwertung von Obdachlosen stimmen Konfessionslose stär-

ker zu. Bezüglich der Abwertung von Behinderten bestehen keine Unterschiede zwischen beiden Gruppen.

Die Analyse nach dem Merkmal der Religionszugehörigkeit bestätigt erneut, dass die Einstellungsmuster der Sachsen, der Befragten in den übrigen neuen sowie alten Bundesländern in Bezug auf die GMF-Elemente sehr ähnlich sind. Anders als bei den Sachsen werten in den beiden anderen Substichproben Konfessionslose Behinderte allerdings etwas stärker ab als die Angehörigen einer christlichen Religionsgemeinschaft. Auch ergaben sich in den Zustimmungswerten der Befragten aus den übrigen neuen Bundesländern in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit keine Unterschiede zwischen Konfessionslosen und Angehörigen einer christlichen Religionsgemeinschaft. Bei den Westdeutschen waren wie in Sachsen die Konfessionslosen weniger fremdenfeindlich eingestellt.

Ähnlich wie auch im übrigen Deutschland offenbart sich auch für Sachsen, dass Religionszugehörigkeit nicht vor Menschenfeindlichkeit schützt. Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen erweisen sich im Gegenteil eher bereit als Konfessionslose, fremdenfeindlichen, rassistischen, islamophoben, antisemitischen und homophoben Aussagen zuzustimmen. Außerdem betonen sie Etabliertenvorrechte stärker.

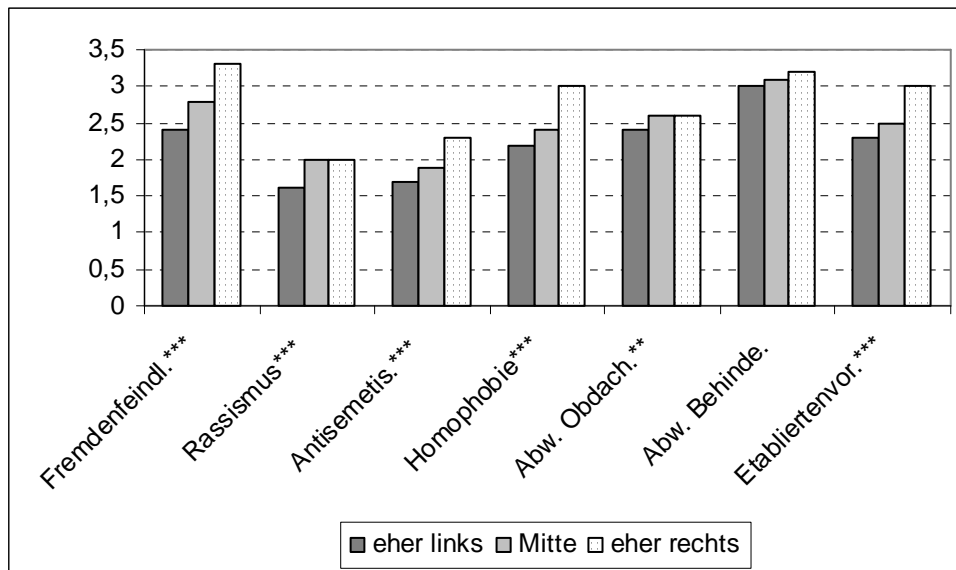
4.6. Politische Selbsteinschätzung

Menschenfeindliche Einstellungen sind geradezu ein Kennzeichen rechtsextremer Weltbilder, die in Gewalt gegenüber schwachen Gruppen münden können (Zick/Küpper 2006). In einer abgeschwächten Form drücken sie sich auch in rechtspopulistischen Mentalitäten aus. Im GMF-Survey wird jährlich auch um die politische Selbsteinordnung gebeten, d.h. es wird darum gebeten, anzugeben, ob der Befragte sich als links, eher links, genau in der Mitte, eher rechts oder rechts stehend einstuft. Demnach ordnen sich gut zwei Drittel der Sachsen politisch genau in der Mitte ein (68,0%). Ein Viertel sieht sich eher links (17,1%) oder ganz links (6,4%), nur knapp jeder zehnte eher rechts (6,6%) oder rechts (1,8%). In ihrer politischen Orientierung schätzen sich die Sachsen damit häufiger als in der politischen Mitte stehend ein als die übrigen Deutschen in den neuen und alten Bundesländern (dort 60,3%). Auch rechnen sich die Sachsen etwa gleich häufig der politischen Linken zu aber etwas seltener der politischen Rechten als die übrigen Deutschen in den neuen und alten Bundesländern (10,7% eher rechts und 3,2% rechts).

Für die Auswertung der durchschnittlichen Zustimmungswerte zu Elementen der GMF nach politischer Selbsteinschätzung wurden die eher gering besetzten Zellen eher links und links sowie eher rechts und rechts zu jeweils einer Kategorie zusammengefasst. Die Auswertung erbringt hoch signifikante Ergebnisse (s. Abb. 16). Sachsen, die sich als politisch links stehend betrachten haben durchgängig niedrigere Zustimmungswerte als Befragte, die sich der politischen Mitte oder der Rechten zuordnen. Außerdem zeigt sich, dass tendenziell politisch in der Mitte Stehende weniger minderheitenfeindlich eingestellt sind als politisch rechts Ste-

hende. Ausnahme stellen die Elemente Rassismus und Abwertung von Behinderten dar, bei denen beide Gruppen gleich hohe Mittelwerte haben.

Abb. 16: Zustimmungswerte zu den Elementen der GMF nach politischer Selbsteinschätzung



Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

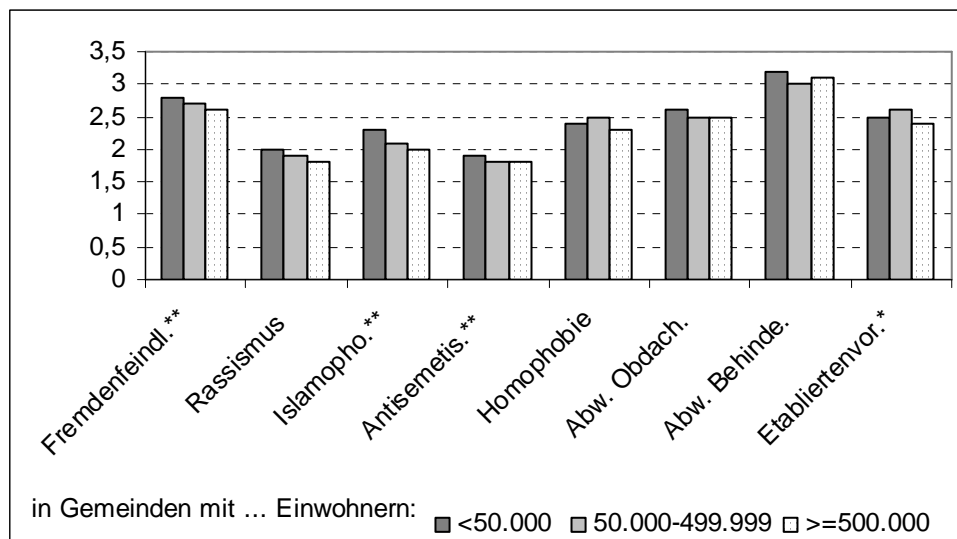
Wie bereits bei den vorherigen Analysen bestätigt sich auch in Bezug auf das Merkmal politische Einstellung, dass die Einstellungsmuster der Sachsen weitgehend den Einstellungsmustern der übrigen Deutschen entsprechen. Sowohl in den übrigen neuen als auch den alten Bundesländern erweisen sich die politisch links stehenden Befragten durchgängig aufgeschlossener gegenüber Minderheiten als die politisch rechts stehenden.

Deutlich mehr Sachsen als im übrigen Deutschland rechnen sich der politischen Mitte zu, auch stufen sich weniger als politisch rechts stehend ein. Sowohl in Sachsen als auch in den übrigen neuen und alten Bundesländern lässt sich beobachten: Mit zunehmend rechter politischer Orientierung nimmt die Feindseligkeit gegenüber Minderheiten zu. So weisen die politisch links stehenden über alle Elemente der GMF hinweg die mit Abstand niedrigsten durchschnittlichen Zustimmungswerte auf, gefolgt von den in der politischen Mitte stehenden und den politisch rechts stehenden mit den höchsten Werten.

4.7. Wohnort nach Gemeindegröße

In Abhängigkeit der Stadt- und Gemeindegröße, in der sie wohnen, unterscheiden sich die Sachsen deutlich. Es zeichnet sich die deutliche Tendenz ab, dass die Toleranz der Befragten gegenüber Minderheiten mit der Gemeindegröße zunimmt (s. Abb. 17).

Abb. 17: Zustimmungswerte zu den Elementen der GMF nach Gemeindegröße



(Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung)

Bewohner aus Dörfern und kleineren Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern neigen stärker als die anderen Befragten zur Fremdenfeindlichkeit, zu Rassismus, zur Islamophobie, zum Antisemitismus und tendenziell auch zur Abwertung von Obdachlosen sowie von Behinderten. Sachsen in ländlichen Gegenden sind jedoch weniger homophob als Bewohner mittlerer Städte eingestellt und sie betonen auch Etabliertenvorrechte nicht stärker als diese. Umgekehrt sind die durchschnittlichen Zustimmungswerte der Sachsen aus Großstädten in Bezug auf fast alle GMF-Elemente niedriger oder zumindest nicht höher als bei den übrigen Befragten. Einzige Ausnahme bildet die Abwertung Behinderter, bei der die Großstädter etwas höhere Werte als die Befragten aus kleineren bis mittelgroßen Kommunen haben.

Die Tendenz, dass die durchschnittlichen Zustimmungswerte zu den Elementen der GMF bei wachsender Gemeindegröße sinken, bestätigt sich auch im Vergleich mit den Substichproben aus den übrigen neuen und den alten Bundesländern. Auch hier neigen Bewohner aus kleineren Gemeinden tendenziell eher zu abwertenden Einschätzungen, während sich die Großstädter toleranter zeigen.

Befragte aus ländlichen Regionen Sachsens neigen deutlich stärker zur GMF als Befragte aus Städten. Dies gilt vor allem für die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamophobie und Antisemitismus sowie für die Abwertung von Obdachlosen. Großstädter sind hingegen toleranter als die restlichen Sachsen. Die Tendenz, dass die durchschnittlichen Zustimmungswerte zu Elementen der GMF mit zunehmender Gemeindegröße sinken, lässt sich auch bei den beiden Substichproben der restlichen neuen sowie alten Bundesländer beobachten.

5. Fazit

Der spezielle Blick auf die Situation in Sachsen macht deutlich, dass viele Sachsen bereit sind, offenen, traditionellen Vorurteilen zuzustimmen. So sind etwa zwei Drittel der Sachsen der Ansicht, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland und gut 45% stimmen der Aussage zu, dass in Deutschland lebende Ausländer in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden. Immerhin fast ein Fünftel vertritt die Meinung, Weiße seien zu Recht führend in der Welt. Ebenso viele stimmen dem klassisch antisemitischen Vorurteil zu, Juden hätten in Deutschland zuviel Einfluss. Fast 30% würden Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen. 45% sind der Ansicht, bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden und ein Viertel fühlt sich in der Gegenwart von Behinderten manchmal unwohl. Schließlich würde ein gutes Drittel denen mehr Rechte geben, die schon immer hier gewohnt haben als jenen, die später zugezogen sind.

Die Sachsen sind den Befragten aus den anderen neuen sowie alten Bundesländern in ihren Einstellungsmustern zu Elementen der GMF recht ähnlich. Dennoch zeigt sich, dass Sachsen ebenso wie die Befragten aus den übrigen neuen Bundesländern bei vielen Elementen der GMF feindlichere Einstellungen äußern als Befragte aus den alten Bundesländern. Dies betrifft insbesondere die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamophobie und Homophobie sowie die Abwertung von Obdachlosen, während Antisemitismus vergleichsweise wenig Zustimmung erhält.

Differenzierte Auswertungen nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen werfen ein Bild auf besondere Problemgruppen und –bereiche in Sachsen:

- Frauen weisen im Vergleich zu Männern höhere Zustimmungswerte zu den Elementen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamophobie auf. Männer sind hingegen antisemitischer und homophober.
- Ältere Sachsen sind fremdenfeindlicher eingestellt als jüngere. Allerdings zeigt der überregionale Vergleich, dass sächsische Jugendliche fremdenfeindlicher und rassistischer eingestellt sind, als ihre Altersgenossen in den alten Bundesländern.
- Sachsen mit niedrigem Bildungsstand haben fast durchgängig höhere durchschnittliche Zustimmungswerte zu Elementen der GMF als Sachsen mit hoher Bildung.
- Nicht erwerbstätige Sachsen sind überwiegend feindlicher gegenüber Minderheiten eingestellt als erwerbstätige. Ausnahmen bilden die Abwertung von Obdachlosen sowie die Abwertung von Behinderten.
- Angehörige einer christlichen Konfession sind überwiegend feindlicher gegenüber Minderheiten eingestellt als Konfessionslose.
- Politisch rechts Stehende sind Minderheiten gegenüber ablehnender eingestellt als politisch in der Mitte Stehende und diese wiederum ablehnender als politisch links Stehende.
- Bewohner ländlicher Gegenden sind intoleranter als Bewohner größerer Gemeinden und vor allem großer Städte.

Das bedeutet:

- Es sind nicht allein die üblichen Verdächtigen – junge, weniger gut gebildete Männer – die sich menschenfeindlich äußern. Gerade auch die ältere Bevölkerung muss in präventive Programme einbezogen werden.
- Für die Gruppe der Älteren sind – neben anderen Aktivitäten – sichtbare und eindeutige Signale von Eliten von Bedeutung. Derartige Signale haben eine große symbolische Bedeutung und drücken seitens der Eliten vorhandene Werthaltungen und in Bezug auf die Adressaten erwünschte Handlungsnormen aus.
- Nichtsdestotrotz ist die Bereitschaft sächsischer Jugendlicher und junger Erwachsener insgesamt höher als die ihrer Altersgenossen im übrigen Deutschland, wenn es um die Abwertung und Ausgrenzung schwacher Gruppen geht.
- Bildung – hier insbesondere die Erziehung zu Nonkonformismus und freiem Entscheidungswillen – kann vor GMF schützen. Neben Hauptschulen sind hier fast ebenso sehr Realschulen und Berufsschulen gefragt, wenn es um Prävention geht.
- Kirchengemeinden sind wichtige Ansprechpartner und sollten bei der Umsetzung präventiver Programme verstärkt angesprochen und eingebunden werden.
- Präventive Programme und Maßnahmen in ländlichen Gegenden sind wichtige Voraussetzungen, um der Ausbreitung menschenfeindlicher Einstellungen entgegenzuwirken.

Die humane Qualität einer Gesellschaft entscheidet sich am Umgang mit schwachen Gruppen. Die Ergebnisse zeigen, dass es erheblichen Aufklärungsbedarf über die z. T. verdeckt ablaufenden Abwertungs- und Diskriminierungsprozesse gibt, bei denen größere wie kleinere Interventionen im Alltag genauso notwendig sind wie die deutlichen öffentlichen Stellungnahmen „kalkulationsfreier“ Eliten. Vor allem geht es um die Verhinderung von Desintegration und Stärkung schwindender Integrationspotentiale dieser Gesellschaft.

6. Literaturverzeichnis

- Endrikat, K. (2006). Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 101-114). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2002) (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2005). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3 (S. 13-36). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2006). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung aus 2002 bis 2005. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 15-36). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heyder, A. (2003). Bessere Bildung, bessere Menschen? Genaueres Hinsehen hilft weiter. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 2 (S. 78-99). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Küpper, B./Heitmeyer, W. (2005). Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3 (108 – 127). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kübber, B. (2006). Expertise. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Niedersachsen (2002 – 2005). Bielefeld
- Küpper, B./Zick, A. (2006). Riskanter Glaube: Religiosität und Abwertung. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 179-188). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 2004: Datenreport 2004. Bonn
- Zick, A./Küpper, B. (2006). Vorurteile, Diskriminierung und Rechtsextremismus: Phänomen, Ursachen und Hintergründe. In K. J. Jonas, M. Boos/V. Brandstätter (Hrsg.), Zivilcourage trainieren! Weinheim: Beltz.
- Zick, A./Wolf, C./Küpper, B./Davidov, E./Schmidt, P./Heitmeyer, W. (2006/im Review). The syndrome of group-focused enmity – theory and empirical test. Journal of Social Issues (Special Issue on „Ethnic Prejudice and Discrimination in Europe, ed. by A. Zick/T.F. Pettigrew/U. Wagner).